

Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

IX. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 30. Oktober 1959

Tagesordnung

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960
2. Abänderung des Verwaltungsstrafgesetzes
3. Änderung des Schieß- und Sprengmittelgesetzes
4. Aufhebung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften
5. Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1958
6. Änderung des 1. (7.) Staatsvertragsdurchführungsgesetzes

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 185)
Entschuldigungen (S. 185)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 50 und 51 (S. 185)

Verhandlungen

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960 (67 d. B.)

Erste Lesung

Redner: Uhlir (S. 186), Dr. Maleta (S. 190), Dr. Gredler (S. 196), Dr. Neugebauer (S. 202), Harwalik (S. 209) und Jonas (S. 213)

Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 213)

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (61 d. B.): Abänderung des Verwaltungsstrafgesetzes (72 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Kranzlmayr (S. 213)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 214)

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (65 d. B.): Änderung des Schieß- und Sprengmittelgesetzes (73 d. B.)

Berichterstatter: Staffa (S. 214)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 214)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (46 d. B.): Aufhebung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften (74 d. B.)

Berichterstatter: Rom (S. 214)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 214)

Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1958 (75 d. B.)

Berichterstatter: Populorum (S. 215)
Kenntnisnahme (S. 215)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Strobl, Rosenberger und Genossen (47/A), betreffend eine Änderung des 1. (7.) Staatsvertragsdurchführungsgesetzes (71 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Strobl (S. 215)
Annahme des 9. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes (S. 216)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hetzenauer, Mittendorfer, Glaser, Regensburger und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend die definitive Übernahme von Salinenarbeitern in den Personalstand der Österreichischen Bundesbahnen bzw. der Postverwaltung (42/J)

Dr. Kandutsch, Kindl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend Steuerbegünstigung für Unternehmungen bei Einstellung älterer arbeitsloser Dienstnehmer (43/J)

Voithofer, Haberl, Buttiger und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Zuteilung von Geldmitteln für Zwecke der Behebung von Unwetterschäden und der Verhütung neuerlicher Schäden (44/J)

Dr. Gredler, Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Wahlschwindel der KPÖ bei der Gemeinderatswahl in Wien 1959 (45/J)

Mahnert, Dr. Gredler und Genossen an die Bundesregierung, betreffend den wahren Grund des Nichtbeitritts Österreichs zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (46/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl, Zweiter Präsident Olah.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 8. Sitzung vom 28. Oktober 1959 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet hat sich der Abgeordnete Ing. Kortschak.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Herke, Brauneis, Eibegger, Steiner, Bleyer, Eichinger, Griebner, Reich, Dr. Leopold Weismann, Dr. Walther Weißmann, Wührer und Bundesminister Dr. Bock.

Die eingelangten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 50/A der Abgeordneten Uhlir und Genossen, betreffend eine Novellierung des Umsatzsteuergesetzes, dem Finanz- und Budgetausschuß und

Antrag 51/A der Abgeordneten Dr. v. Tongel und Genossen, betreffend Abänderung der Handelskammer-Wahlordnung, dem Handelsausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960 (67 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein. Auf der Tagesordnung steht als 1. Punkt die erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Uhlir. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Uhlir: Hohes Haus! Es ist heute eine allgemeine Erkenntnis, daß dem Budget eines Staates eine viel größere Bedeutung zukommt, als lediglich durch Reihung von Einnahmen und Ausgaben für eine ordnungsgemäße Verwaltung zu sorgen. Über diesen Rahmen der Vorsorge für die staatliche Verwaltung und der Sicherung sozialer Pflichtleistungen hinausgehend hat das Budget die Aufgabe, wirtschaftlich fördernd und, wenn nötig, auch ausgleichend zu wirken. Die Finanzverwaltungen aller Staaten haben diesen Weg von der verwaltenden zur konstruktiven Funktion zurückgelegt. Wir sind der Auffassung, daß als Konsequenz dieser Entwicklung Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Währungspolitik immer mehr zu einer Einheit geworden sind und daß die Wirksamkeit dieser drei Faktoren, auf ihre Funktion im Wirtschaftsbereich abgestimmt, die Grundlage einer gesamtstaatlichen Wirtschaftspolitik zu bilden habe. Daher stimmen wir überein mit den in den Erläuterungen zu diesem Finanzgesetz dargelegten drei Grundsätzen einer gesamtstaatlichen Wirtschaftspolitik, das sind Stabilität der Währung, Erhaltung der Vollbeschäftigung und Erweiterung und Verbesserung der Produktionsgrundlagen.

Auch wir stellen — und wir haben dies in der Vergangenheit im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung immer wieder getan — an die erste Stelle der wirtschaftlichen Betrachtungen die Stabilität unserer Währung; dazu gehört natürlich die Stabilität der Kaufkraft. Wir Sozialisten können für uns in Anspruch nehmen, daß wir alle unsere Forderungen immer diesem Grundsatz untergeordnet haben. Ich darf hier nur auf die überaus verantwortungsbewußte Haltung unserer Gewerkschaften hinweisen, auf die Bemühungen um ein wirksames Funktionieren der Paritätischen

Kommission und auf die Bestrebungen des Gewerkschaftsbundes, eine Koordinierung der wirtschaftlichen Meinungen und Auffassungen von Unternehmern und Arbeitern und Angestellten herbeizuführen. Wir müssen aber mit Recht darauf hinweisen, daß diese verantwortungsbewußte Haltung, wie dies die Entwicklung auf dem Preissektor zeigt, nicht auf allen Seiten in dem gleichen Ausmaße gegeben ist. Es wird noch in der Spezialdebatte Gelegenheit sein, auf dieses ungleiche Maß des Verantwortungsbewußtseins hinzuweisen.

Worin wir nicht übereinstimmen, ist die Wertung jener Faktoren, die die Stabilität gefährden könnten. Bei der öffentlichen Diskussion über das Budgetvolumen ist dieser Kassandrarauf, die Stabilität der Währung sei in Gefahr, immer wieder ausgestoßen worden. Beantworten wir uns doch die Frage: Hat uns die mitunter sehr beachtliche Steigerung des Budgetvolumens in den vergangenen Jahren eine Inflation gebracht? Die Budgetsumme betrug im Jahre 1955 24,7 Milliarden, im Jahre 1956 28,2 Milliarden, im Jahre 1957 32,5 Milliarden, im Jahre 1958 38,9 Milliarden, im Jahre 1959 40,4 Milliarden und beträgt für das Jahr 1960 42,2 Milliarden. Haben wir in diesen Jahren eine Inflation zu verzeichnen gehabt?

Der Herr Finanzminister sagte vor einigen Tagen in einer Rede folgendes: „Das von mir vorgelegte Budget mit einer Erweiterung von 1,6 Milliarden Schilling beansprucht ohnedies den größten Teil der Wirtschaftsausweitung im nächsten Jahr. Wenn die Ausgaben nach den Wünschen der Sozialisten um 4 oder 5 Milliarden erhöht würden, müßte man sich fragen, wo die Wirtschaft die Arbeitskräfte und die Maschinen hernimmt, um diesen Auftrieb der Konjunktur zu bewältigen. Ich könnte die Verantwortung für eine solche Entwicklung nicht tragen, denn das würde vor allem dem Lohn- und Gehaltsempfänger Schaden bringen.“

Wir haben zwar in diesem Jahr wieder eine Steigerung der Beschäftigungsziffer zu verzeichnen — es war der bisher höchste Beschäftigungsstand seit dem Jahre 1945 —, aber bei der Zahl der zur Vermittlung gemeldeten Arbeitslosen sind unserer Meinung nach die Arbeitsreserven noch nicht völlig ausgeschöpft. Hätte man unseren Wünschen zu diesem Finanzgesetz voll Rechnung getragen, die den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten entsprechen, es wäre, so wie in den vergangenen Jahren, durch die Vergrößerung des Budgetvolumens ebenfalls zu keiner Inflation gekommen. Von der Drohung mit der Inflation kann man nicht dauernd Gebrauch machen, besonders dann nicht, wenn weit und breit

eine solche Gefahr nicht besteht. Mit Schlagworten kann man keine Wirtschaftspolitik machen, und ein ernst zu nehmender Wirtschaftspolitiker darf sich zur Verteidigung seines Wirtschaftskonzeptes nicht solcher Argumente bedienen.

Wir sind aber auch der Auffassung, daß durch eine nicht unbedingt notwendige Einengung des Budgetvolumens die der Wirtschaft innewohnenden dynamischen Entwicklungstendenzen nicht gesteuert werden können.

Das große Problem in unserer Wirtschaftspolitik ist nicht die Stabilität unserer Währung allein, denn diese Stabilität war und ist gegeben, sondern die Stabilität der Wirtschaftskonjunktur und damit die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Wir stimmen mit dem Herrn Finanzminister überein, daß sich die Wirtschaftspolitik mehr als bisher und sicherlich in der Zukunft in immer steigendem Ausmaße einzuschalten hat. Entscheidend ist jedoch das Wann und das Wie! Wie man es nicht machen soll, hat uns ja ein Beispiel aus der Vergangenheit gezeigt.

Eines der Mittel der Konjunkturpolitik sind zweifelsohne steuerliche Maßnahmen. In Zeiten absteigender Konjunktur ist es sicherlich zweckmäßig, Steuersenkungen vorzunehmen, um die Kaufkraft zu stärken und die Vollbeschäftigung zu erhalten. Ebenso sind Theoretiker wie auch Praktiker einer Meinung, daß man in Zeiten aufsteigender Konjunktur mit der Schaffung zusätzlicher Kaufkraft vorsichtig und zurückhaltend zu sein hat. Bei den vorgenommenen Steuerermäßigungen wurde dieser Grundsatz einer aktiven Konjunkturpolitik nicht beachtet, denn die letzte Steuerermäßigung fiel in die Zeit der Wirtschaftskonjunktur. In den letzten Jahren wurde also nicht immer aktive Konjunkturpolitik gemacht. Die theoretischen und die praktischen Erkenntnisse blieben unbeachtet und wurden nur allzuoft politischen Erfordernissen untergeordnet.

Wir befürchten ernstlich, daß durch dieses Budget die Konjunkturbremse zu stark angezogen wurde, und die Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei den Ausgaben scheint uns verfrüht. Von einer Überhitzung der Konjunktur zu sprechen, ist in dieser allgemeinen Form unrichtig. Es mag wohl zeitweise eine Auslastung in der Produktionskapazität einzelner Wirtschaftszweige vorhanden gewesen sein, doch hat sich diese Auslastung zum größten Teil auf einen sehr kurzen Zeitraum beschränkt. Eine zeitweilige Überlastung einzelner Wirtschaftszweige ist heute noch immer durchaus vermeidbar, wenn man allein eine Koordinierung der Auftragsvergaben in der öffentlichen Wirtschaft

herbeiführen würde. Am Ende eines Jahres wird Geld, wenn man es budgetmäßig noch zur Verfügung hat, in die Wirtschaft geworfen, und die Aufträge können von den Firmen nur mit äußerster Anspannung und vielfach nur mit Überstundenarbeit erfüllt werden. Aber in den ersten drei, vier Monaten des neuen Jahres wissen die Firmen nicht, ob sie Aufträge bekommen werden. Sie müssen ihre Produktion einschränken; Arbeitskräfte werden entlassen und weil man fürchtet, sie nicht wieder zu bekommen, behält man höchstens nur die Facharbeiter. All das führt zu einer Ungleichheit im Produktionsablauf und nicht zuletzt zu einer sehr beachtlichen Erhöhung der Produktionskosten.

Welche Folgen durch die Verweigerung von Investitionsmitteln und durch die dadurch bedingte Einstellung der Automatisierung auf dem Fernsprechsektor entstehen und wie sehr dadurch die Existenz von Firmen und die Arbeitsplätze von Arbeitern und Angestellten gefährdet werden, ist wohl am deutlichsten aus einem Schreiben der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, das an eine Reihe von Personen des öffentlichen Lebens gerichtet wurde, zu entnehmen. Dieses Schreiben lautet:

„Der vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetentwurf für das Jahr 1960 sieht auf dem Fernsprechsektor der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung einen Gesamtbetrag von 48 Millionen Schilling vor, der jedoch praktisch zur Gänze für die Begleichung der im Jahre 1959 bereits vergebenen und in Fertigung befindlicher Lieferaufträge dient. Damit ist also für neue Aufträge an die Schwachstrom- und Kabelindustrie überhaupt kein Geld im Budgetentwurf 1960 vorgesehen.“

Wir glauben, — so schreibt man in diesem Brief — „Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Umstand vor allem aus dem Grund lenken zu müssen, da zufolge der schon wiederholt nachgewiesenen Wirtschaftlichkeit der Investitionen auf dem Fernsprechsektor, die auf kurzfristig bedeutend gestiegenen Mehreinnahmen der Telephonverwaltung beruht, und des immer steigenden Bedarfes auch in der Regierungserklärung die Fortsetzung der Automatisierung besonders festgelegt worden ist.“

Es darf in diesem Zusammenhang besonders auch auf die vor kurzem erschienene Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung verwiesen werden, in der ausführlich die besonders gute Rentabilität der Investitionen auf dem Telephonsektor nachgewiesen wird und konkrete Vorschläge über die Probleme der Investitionsfinanzierung gemacht werden. Insbesondere weist der Bericht des Institutes darauf hin, daß eine Verzögerung

der Automatisierung des Fernsprechverkehrs „unwirtschaftlich ist, weil die Erfolge der Investitionen sich erst voll auswirken, wenn die Arbeiten abgeschlossen sind“.

Andererseits bedeutet der gänzliche Entfall von Postaufträgen für die Beschäftigung der österreichischen Schwachstromindustrie, die schon bisher trotz der in Österreich allgemein herrschenden guten Konjunkturlage unzureichend ausgelastet war, daß sie auch andere Fertigungen, wie zum Beispiel Nebenstellenanlagen und Exportlieferungen zwangsläufig einstellen müßte. Letztlich zeigt die bisherige Nachfrage nach Fernsprechanschlüssen in Österreich, daß ein großer ungedeckter, jährlich steigender Bedarf an Fernsprechanschlüssen besteht, der daher zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft nicht mehr befriedigt werden könnte.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß eine nicht ausreichende Dotierung der notwendigen Investitionen auf dem Fernsprechsektor für den Staat den Verzicht auf jährlich wesentlich steigende Mehrerträge bedeutet und der Industrie die Basis für eine Aufrechterhaltung ihrer Betriebe entzieht. Es darf nicht übersehen werden, daß allein in der österreichischen Schwachstromindustrie für die Produktion von Telephoneinrichtungen rund 5000 hochqualifizierte Techniker und Facharbeiter Beschäftigung finden, die bereits in den nächsten Wochen Gefahr laufen, stufenweise abgebaut zu werden.“

Ernster kann man wohl die Besorgnis nicht darlegen, die eine budgetäre Maßnahme auslösen kann. Es ist nur zu hoffen, daß von den Korrekturmöglichkeiten, die im Artikel II des Finanzgesetzes enthalten sind, Gebrauch gemacht wird, daß nämlich, wenn es die konjunkturelle Lage beziehungsweise die besondere Lage einzelner Wirtschaftszweige erfordert und die Einnahmenentwicklung des Bundes beziehungsweise die Situation auf dem Kreditmarkt es gestatten, Überschreitungen der finanzgesetzlichen Ansätze bewilligt werden. Denn sonst können die wirtschaftlichen Schäden größer sein als die durch die Budgetkürzungen ermöglichten Einsparungen.

Zusammenfassend möchte ich wohl mit Befriedigung aus den Darlegungen des Herrn Finanzministers entnehmen, daß er die Wirtschaftsprobleme auch nach unserer Auffassung im allgemeinen richtig sieht. Wir teilen jedoch nicht bei allen Maßnahmen seine Auffassung. Wir wollen aber eines mit Nachdruck unterstreichen: Die Wirtschaftspolitik muß Verständnis bei den Arbeitern und ihren Interessenvertretungen finden. Wer die Konjunkturlage in der Richtung prüft, ob sie eine Fortsetzung der Investitionstätigkeit ge-

stattet, der möge bedenken, daß für Maßnahmen der Konjunkturpolitik auch die Mitarbeit der Gewerkschaften notwendig ist, deren Mitglieder durch die Einstellung der Investitionen und die dadurch herbeigeführten Auftragsrückgänge in ihrer sozialen Existenz und in ihren Arbeitsplätzen bedroht werden könnten.

Mit Genugtuung können wir beim Überblick über das Finanzgesetz feststellen, daß es den Bemühungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gelungen ist, den 14. Monatsgehalt zu erreichen, und daß im vorliegenden Finanzgesetz die für die volle Auszahlung dieses Betrages erforderlichen Mittel für das nächste Jahr bereitgestellt wurden. Die SPÖ hat sich von Anfang an dafür eingesetzt und mußte noch vor elf Monaten dafür den ungerichten Vorwurf auf sich nehmen, daß der Staatshaushalt und die Währung dadurch in Unordnung gebracht werden würden.

Aus dem Ressort des Justizministeriums können wir feststellen, daß die Vorberatungen für die Strafrechtsreform in Kürze abgeschlossen werden können. Dieser Reform hat aber auch eine Reform des Strafvollzuges zu folgen. Sollen die Bemühungen um eine Reform des gesamten Strafrechtes nicht umsonst gewesen sein und soll diese Reform nicht lediglich auf dem Papier bleiben, dann wird es wohl erforderlich sein, auch die notwendigen Mittel zur Durchführung dieser Reform in Hinkunft zur Verfügung zu stellen.

Nun zum sozialpolitischen Gebiet. Auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung ist nur ein Teil der von uns gestellten Forderungen erfüllt und nur ein Teil der in der Regierungserklärung gemachten Zusagen verwirklicht worden. Wir begrüßen es, daß im Budget Vorsorge getroffen wurde, daß das Vollvalorisierungsprogramm für die Kriegsofferrenten erfüllt werden kann. Die Valorisierung erfolgt in halber Höhe ab 1. Juli 1960 und in voller Höhe ab 1. Jänner 1961. Ebenso erfahren auch die Blinden- und Pflegezulagen eine Erhöhung. Damit wird einer sehr dringlichen und wiederholt vorgetragenen Forderung entsprochen und werden erträgliche soziale und wirtschaftliche Verhältnisse für diese sozial bedürftigsten Personengruppen geschaffen. Auch die Kleinrentner werden eine Erhöhung ihrer Rente erhalten.

Budgetär sichergestellt ist auch die Einbeziehung der Hinterbliebenenrenten in den Anspruch auf Hilflosenzuschuß. Eine sehr dringliche soziale Frage hat damit Erfüllung gefunden. War es doch nicht einzusehen, daß Alters- und Invalidenrentner Anspruch auf Hilflosenzuschuß haben, während Witwen, wenn sie hilflos geworden waren, einen solchen Zuschuß nicht erhalten. Wir

freuen uns, daß es dadurch möglich sein wird, den Initiativantrag der Sozialisten einer parlamentarischen Behandlung zuzuführen. Soziale Not, die in dieser Gruppe vielfach vorhanden ist, wird damit zweifellos etwas gemildert.

Durch die Erhöhung des Bundesbeitrages, der für die Leistungen aus dem Versicherungsfall der Mutterschaft an die Krankenversicherungsträger gewährt wird, werden den Krankenkassen wohl bescheidene Mittel zufließen. Aber unsere Forderung nach Sanierung der Krankenkassen bleibt unerledigt. Der Staat hat den Krankenkassen in den vergangenen Jahren in immer größerem Ausmaß Aufgaben zugewiesen, die in den Beiträgen der Versicherten keine Deckung finden und auch keine Deckung finden können. Durch das Hinausschieben der so dringlichen Sanierungsmaßnahmen wird das Problem nicht kleiner, sondern im Gegenteil noch viel größer.

Für die Pensionsversicherung ist außer dem Hilflosenzuschuß für die Hinterbliebenenrentner im Budget nichts vorgesehen. Der Herr Finanzminister hat in seinen Ausführungen zu diesem Finanzgesetz den zutreffenden Satz geprägt: „Vergessen wir nicht, daß hinter den Ziffern Leben und Menschenschicksale stehen.“ Darf ich darauf aufmerksam machen, daß 240.000 Personen von der Pensionsversicherung eine Rente mit Ausgleichszulage beziehen, das heißt, daß diese Personen mit einem monatlichen Betrag von 600 S das Auslangen finden müssen. Wahrlich ein schweres Leben und ein hartes Schicksal! Ich hoffe nur, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen über die Erhöhung der Richtsätze in der Pensionsversicherung in Bälde beginnen werden und daß es möglich sein wird, diese Richtsätze noch im Laufe des kommenden Jahres zu erhöhen, sonst bleibt das vom Herrn Finanzminister geprägte Wort „Menschenleben und Menschenschicksal“ eine aufreizende Phrase.

Aber auch die Nachziehung der Altrenten an jene Renten, die heute nach den günstigeren Bestimmungen des ASVG. berechnet werden, blieb unberücksichtigt. Als aktiv Erwerbstätige haben diese Personen ihren Teil für Wirtschaftsaufschwung und Wirtschaftskonjunktur geleistet. Sie haben an der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mitgearbeitet. Ich glaube, daß es wohl unsere moralische Pflicht ist, nunmehr dafür zu sorgen, daß der Lebensabend dieser Menschen eine bescheidene wirtschaftliche Sicherung erfährt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Darüber hinaus wird man sich der Erfüllung der Forderungen auf Wertsicherung der Renten nicht dauernd entziehen können. In Westdeutschland hat sich eine konservative Re-

gierung mit dem Gedanken der dynamischen Rente bereits vertraut gemacht.

Die Beseitigung der Rentenkürzung für jene Angestelltenrentner, deren Rente durch das GSVG. gekürzt wurde, ist ebenfalls notwendig. Wir hoffen nur, daß dem Parlament möglichst bald ein diesbezüglicher Gesetzesantrag zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

In den letzten Jahren wurde im Finanz- und Budgetausschuß, aber auch hier im Hause von vielen Abgeordneten wiederholt darauf verwiesen, daß die finanzielle Sicherung der Pensionsversicherung unaufschiebbar ist. Die Verwaltungskörper der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter haben den Parlamentsklubs eine Resolution übermittelt und das Ersuchen gestellt, eine finanzielle Ordnung gesetzlich zu ermöglichen, da sie sonst die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Gebarung in diesem Institut nicht mehr übernehmen können. Wieder geht das Finanzministerium an dieser Frage vorüber und stellt sich so, als ob dieses Problem nicht bestehen würde. Wann will man endlich den Rentenversicherungsträgern jene Mittel zur Verfügung stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen? Die Verantwortung in dieser Frage lastet zur Gänze auf dem Finanzministerium. Sollte man sich im unklaren sein, was zu geschehen habe, dann möge man sich an anderen Staaten, wie an Deutschland, an der Schweiz oder an irgendeinem anderen europäischen Staat, in dem eine Pensionsversicherung für die Arbeiter und Angestellten besteht, hiefür ein Vorbild nehmen. Ich hoffe nur, daß dieser letzte Appell endlich einmal im Finanzministerium Gehör findet, denn es ist undenkbar und unmöglich, durch Bankkredite Rentenzahlungen zu finanzieren.

Hinsichtlich des Wohnhausbaues und der Wohnbauförderung wurde in der Regierungserklärung folgendes festgelegt:

„Im Zuge der Verhandlungen über die Regierungsbildung konnte zwischen den beiden Koalitionsparteien eine volle Übereinstimmung über eine umfassende Neuregelung der Wohnbauförderung erreicht werden. Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, an Stelle der bisher rund 40.000 Wohnungen möglichst schon vom nächsten Jahr an 50.000 pro Jahr zu bauen. Die geplanten Neuregelungen, zu deren Durchführung wir dem Hohen Hause in Bälde“ — in Bälde! — „die nötigen Gesetzentwürfe zuleiten werden, sollen zusätzlich zu den bisherigen Mitteln zirka 1,4 Milliarden Schilling bringen.“

Die Idee des Wohnungseigentums soll in diesem Zusammenhang eine Sicherung und Ausweitung erfahren. Gegen den Wohnungs-

wucher und die Wohnungsablöse müssen gesetzliche Regelungen angestrebt werden. Des weiteren soll ein Bodenbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz beschlossen werden. Über die Errichtung eines Amtes für Wohn-, Miet- und Siedlungswesen werden demnächst Beratungen durchgeführt werden.

Die neue Bundesregierung ist der Meinung, daß durch diese großzügigen Förderungsmaßnahmen für den Wohnungsbau die jetzt im gesamten Bundesgebiet und vor allem in den Städten herrschende Wohnungsnot in absehbarer Zeit wesentlich gelindert werden kann.“

Nun müssen wir fragen: Was ist in dem Finanzgesetz vorgekehrt worden, um diese Zusage, die der gesamten österreichischen Bevölkerung gemacht wurde, zu erfüllen? Mit den im Finanzgesetz enthaltenen finanziellen Zuweisungen für diesen Sektor wird diese Zusage nicht erfüllt werden können. Es wäre zu erwarten, soll die Regierungserklärung nicht ein Stück Papier bleiben, daß in Bälde die nötigen Gesetzentwürfe dem Parlament zur Beratung vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang erwarten wir auch, daß die Entwürfe eines Bodenbeschaffungsgesetzes und eines Assanierungsgesetzes ebenfalls möglichst bald dem Parlament zugehen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn auch das vorliegende Budget nur teilweise die Erfüllung unserer Wünsche bringt, bekennen wir Sozialisten uns zu diesem Finanzgesetz und werden dafür stimmen. Unsere Meinung zu einzelnen Posten des Budgets haben wir jedoch klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Maleta zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Maleta: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der heutigen Generaldebatte beginnt die Beratung über den Bundesvoranschlag 1960, die sich durch viele Wochen bis vor Weihnachten hinziehen wird. Es ist daher nicht meine Aufgabe, heute auf die einzelnen Details einzugehen, weil wir ja Gelegenheit haben werden, uns mit den verschiedenen Kritiken am Budget, aber auch mit unseren Wünschen und unseren Forderungen zu beschäftigen. Überdies bin ich auch in der angenehmen Lage, daß der Herr Finanzminister selbst in seiner Budgetrede die Grundsätze seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik entwickelt hat, und ich kann mir daher Wiederholungen schenken. Ich möchte nur eine einzige Feststellung dazu machen.

Meine Damen und Herren! Die Finanzpolitik unseres Finanzministers in den vergangenen Jahren hat eines erreicht, eine Tatsache, über die nicht hinweggesehen werden kann: daß die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs sich grundsätzlich unterscheidet von der wirtschaftlichen Entwicklung der Ersten Republik mit ihrer Arbeitslosigkeit, mit ihren Krisen und mit ihren dadurch hervorgerufenen schweren inneren Erschütterungen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich möchte aber feststellen, daß heute der Herr Abgeordnete Uhlir wieder etwas bewiesen hat, wovon wir ja seit 14 Jahren hier leidvoll einiges sagen können: die mitregierende Opposition. Die Sozialistische Partei, die diesem Budget und dem Budgetrahmen von 42 Milliarden, der durch den Finanzminister vorgezeichnet war, zugestimmt hat, findet natürlich wieder ein Haar in der Suppe und übt Kritik daran, daß etwa bei den Investitionen und so weiter wesentliche Kürzungen vorgenommen worden sind. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat vor wenigen Tagen noch geschrieben, daß dieses Budget indiskutabel und unakzeptabel sei. Aber unlängst hat Herr Vizekanzler Dr. Pittermann erklärt, daß es erfreulich ist, daß das Budget in diesem Rahmen beschlossen werden kann. Ich möchte daher für die Öffentlichkeit nur ganz kurz auf folgendes verweisen:

Dieses Budget wurde vom Finanzminister vor seiner Abreise nach Amerika eingebracht, es wurde damals noch nicht in der Regierung zum Beschluß erhoben. Man hat aber vereinbart, man werde sich nach seiner Rückkehr zusammensetzen und darüber diskutieren. Wir haben es als einen sehr argen Mißton in der Koalition empfunden, daß während der Abwesenheit des Herrn Finanzministers die Sozialistische Partei eine Pressekonferenz einberufen und dort gewissermaßen ein zweites Budget mit einem Ausgabenrahmen von 45 Milliarden Schilling vorgelegt hat; daran war allein der Herr Minister Waldbrunner mit 1,8 Milliarden Schilling beteiligt. Es sollte also offenbar wieder die alte Rolle gespielt werden: wir müssen zwar diesem Budget zustimmen, weil wir innerlich wissen, daß es notwendig ist, da wir uns keine Konjunkturüberhitzung erlauben können, aber vor der Öffentlichkeit sollen doch jene Punkte und Forderungen vertreten werden, die gewisse Wählerschichten gerne hören. Es ist selbstverständlich angenehm für die Rentner oder für andere Gruppen, wenn sie irgend etwas versprochen bekommen. Es ist selbstverständlich angenehm, irgend etwas zu sagen, was draußen gewünscht wird. Aber man müßte dann eigentlich die Konsequenz ziehen und dann auch dort an der zuständigen Stelle nicht nur

dagegen polemisieren, sondern dazu auch nein sagen.

Da war der Finanzminister im Wahlkampf der „Schuldenmacher“, und dann, während der Regierungsverhandlungen, als es einen Moment lang geschienen hat, als ob vielleicht der derzeitige Außenminister Kreisky das Finanzministerium übernehmen sollte, ... (Abg. Winkler: *Das war Ihr Vorschlag!*) Das ist ja ganz egal, ich stelle jetzt nur den Zickzackkurs Ihrer Propaganda dar. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Jonas: *Umgekehrt! Der Zickzack war doch bei der ÖVP!*) ... da war auf einmal die Rede vom Sparen und davon, daß es nicht möglich sei, sozialen Wünschen und Forderungen jetzt nachzugeben. Aber kaum war diese Phase vorüber und es kam zu den Budgetverhandlungen, da wurde wieder die Forderung gestellt, Schulden zu machen und das Budget auszuweiten. Also einmal hü, einmal hott, wie es gerade für die Öffentlichkeit praktisch ist. Der Knalleffekt am Schluß war eben, wie ich bereits sagte, die Zustimmung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß daher heute etwas über die Koalition gesagt werden. Ich bin mir dessen bewußt, daß wir dieser Koalition sehr viel verdanken: 14 Jahre Aufbauarbeit in Österreich, Sicherung des inneren Friedens. Sicherlich eine wesentliche Leistung auch des Gewerkschaftsbundes. Es soll sein Beitrag nicht verkleinert werden, aber es soll nur nicht vergessen werden, daß in diesem Gewerkschaftsbund auch wesentliche andere Gruppen vertreten sind, so eine sehr starke Gruppe der christlichen Gewerkschafter und des Arbeiter- und Angestelltenbundes, die auf die Politik des Gewerkschaftsbundes diesbezüglich sicher einen Einfluß genommen haben.

Ich bin mir dessen bewußt, daß es auch ein anderes Verdienst der Koalition gibt. Erinnerung wir uns etwa an die Jugend unlängst in der Stadthalle beim Tag der Fahne. Ich habe mich zurückerinnert an die Zeit der Ersten Republik, als wir dem Symbol des Staates „Rot-weiß-rot“ mit den verschiedensten inneren Empfindungen gegenübergestanden sind. Es ist sicher ein Fortschritt, wenn heute Rote Falken und katholische Pfadfinder oder sozialistische Mittelschüler und farbentragende Studenten gemeinsam ein Fest begehen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir all das als positive Leistungen würdigen, dann müssen wir uns auch der Gefahrenquellen bewußt werden, weshalb wir heute eine gewisse Überprüfung vornehmen müssen. Vor allem ist die Koalitionsgegnung wesentlich, die wir brauchen. Es ist not-

wendig, daß man an einem Verhandlungstisch mit dem Gefühl der Aufrichtigkeit beisitzt.

Wir sind selbstverständlich der Meinung — das ist ja ganz klar in einer Demokratie —, daß Sie wesentlich andere Auffassungen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung vertreten wie wir, aber ich glaube, es ist notwendig, daß gewisse Dinge in einer Vertrauensatmosphäre abgesprochen werden. Wenn man beispielsweise vereinbart, einen Rechnungshof-Vizepräsidenten zu wählen und am Hintertür wird dann die Geschäftseinteilung so gemacht, daß er dort überhaupt Null Komma Josef zu reden hat, so ist das natürlich keine Koalitionsgegnung. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.) Und wenn man auf der einen Seite wie ein Shylock des Proporz auf seinem Schein besteht, alles 50 zu 50 auf Grund des durch die Wahl geschaffenen Gleichgewichtes zu besetzen, und auf der anderen Seite dann der Öffentlichkeit gegenüber von der Entpolitisierung und von der Ausschreibung der öffentlichen Posten spricht ... (Abg. Dr. Gredler: *Sie halten ja meine Rede! — Lebhaftes Heiterkeit.*) Heute bin ich Ihnen einmal zugekommen, Herr Dr. Gredler! Sie haben mit mir ein ausgesprochenes Pech. Heute wollten Sie unbedingt nach mir reden, es wäre aber vielleicht besser gewesen, wir wären bei der Regelung vom letzten Mal geblieben. (Abg. Zeillinger: *In diesem Haus gibt es nur eine Opposition gegen die Regierung!*) Wie wird das erst werden, wenn das Mikrophon dort bei Ihnen aufgestellt sein wird, was Sie wünschen? Das wird lustig werden!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal nicht vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus das Problem der Koalition untersuchen, sondern vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus. Wir sprechen sehr oft und sehr viel von der etwas zurückgedrängten Rolle des Parlaments. Wir bedauern das, wir hören sehr viel Kritik, und wir haben selber das Empfinden, daß manches an dieser Kritik wahr sein mag. Wir überlegen daher, eine neue Geschäftsordnung zu machen, dies und jenes, um ein bunteres Farbenbild in das Leben des Hauses zu bringen.

Aber das liegt alles daran, daß vielleicht doch der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir uns aus der allzu starren Bindung irgendwie lockern müssen. Denn wenn wir uns die Gemeindegewahlergebnisse betrachten, so ist vielleicht die Wahlenthaltung ... (Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Zeillinger: *Ein trauriges Bild!*) Ach, Sie kleiner Däumling da hinten, Sie brauchen ein paar Kraftpillen! (Heiterkeit. — Abg. Zeillinger: *Immerhin 18 Mandate!*) Herr Dr. Gredler wird in seiner Rede

sicherlich ein paar Kraftpillen servieren, um das karge Brot der Opposition etwas zu ver-süßen; aber das wird nicht viel nützen.

Aber ich möchte, zum Thema zurückkehrend, folgendes sagen: Das Desinteressement der Wähler ist vielleicht doch darauf zurückzuführen, daß wir in einer zu starken Bindung miteinander verhaftet sind. Ich glaube, daß eine gewisse Lockerung in dem Sinne einer Entwicklung, daß die Regierung der parlamentarischen Beratung mehr Platz läßt, daß wir also ein größeres Ausmaß der Entscheidung des Parlamentes sehen, sicherlich ein Fortschritt wäre; denn schließlich und endlich stellen wir doch fest, daß seit dem Jahre 1945 zum Unterschied von der Entwicklung in der Ersten Republik ein gewisses Staatsbewußtsein sich gefestigt hat, und so können wir sehr wohl annehmen, daß auch das Ressentiment, das Mißtrauen aus dem Jahre 1934 — das gilt sowieso nur für die alte Generation, für die Jungen ist das nur mehr ein geschichtlicher Begriff — doch zurückgedrängt ist, sodaß also die Möglichkeit besteht, hier gewisse Schwerpunktverlagerungen vorzunehmen.

Aber ich möchte hier noch ein anderes heißes Eisen anfassen. Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede auf einen sehr bedenklichen Umstand verwiesen, der auch die Öffentlichkeit und nicht allein das Parlament interessieren darf. Er hat die Mahnung ausgesprochen, daß nur mehr etwa 12 Prozent der Budgetmittel frei verfügbar und alle anderen gewissermaßen fest blockiert sind. Wollte man aber annehmen, daß es sich wenigstens um diese 11 oder 12 Prozent handelt, so wäre das eine Selbsttäuschung, weil uns allen bekannt ist, daß in der Praxis auch diese Mittel weitgehend gebunden sind.

Es ist diesmal noch gelungen, durch Verlagerungen beziehungsweise eine ganz kleine, unwesentliche Ausweitung um 200 Millionen des Ausgabenrahmens einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Aber wir müssen uns doch die Frage vorlegen: Wie soll das weitergehen, wenn wir uns zu den Grundsätzen der sogenannten antizyklischen Konjunkturpolitik bekennen?

Ich muß jetzt eine Feststellung machen, und zwar ist das nicht eine Erfindung der Volkspartei, sondern das kann man auch in dem vielgepriesenen, wundervollen neuen Programm der Sozialistischen Partei lesen, das sie sich gegeben hat. Auch der Abgeordnete Uhlir hat eine Feststellung gemacht, die in mir gewisse Erinnerungen an verklungene Tage des Koalitionsausschusses ausgelöst hat, wo der Herr Vizekanzler Pittermann dasselbe Lied gesungen hat: die Stabilität der Preise! Ja, die Stabilität der Preise ist ein ins Ohr gehendes Schlagwort. Die Stabilität des Schillings hat die Öffentlichkeit sehr beein-

druckt, da mußte man der Volkspartei Konkurrenz machen mit einer anderen Stabilität. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine echte Stabilität der Preise wird ja nicht erzielt durch die Lohn-Preiskommission oder durch behördliche Eingriffe, sondern sie hängt ab von der Stabilität der Währung und des Schillings, und diese wieder hängt letzten Endes ab von der Budget- und Finanzpolitik. Wenn von Ihnen her eine Entwicklung gefördert wird, die diese Preistendenzen auslöst, nützen alle möglichen Eingriffe von außen nichts. (*Abg. Uhlir: So einfach kann man es sich nicht machen!*)

Im übrigen bedauern es auch wir, daß einige Kürzungen und Streichungen bei den langfristigen Investitionen vorgenommen wurden. Wir fahren auch lieber mit einer elektrischen Lokomotive als mit der Dampflokomotive, und wir ärgern uns auch, wenn wir von der Autobahn auf eine holprige Straße hinunter müssen und wir sind auch verärgert, wenn wir bei einem interurbanen Gespräch die Zentrale anrufen müssen. Aber der kluge Mann baut vor, und es ist natürlich klar, daß es mehr als eine Phrase ist, wenn es im Finanzgesetz heißt, daß bei einer günstigen Entwicklung der Einnahmen Mittel für solche Investitionen freigegeben werden können.

Im übrigen schreibt die heutige „Arbeiter-Zeitung“, daß bei Post und Eisenbahn gestrichen worden sei, beim Straßenbau aber nicht. Ich möchte dazu nur feststellen, daß es sich auf dem Sektor des Straßenbaues weitgehend um gebundene Mittel handelt, die frei verfügbaren sind ja auch sehr stark gestrichen worden.

Aber in diesem Zusammenhang ist es vom Standpunkt der Volkspartei auch notwendig, einmal auf einen anderen Umstand hinzuweisen: Die Sozialisten sehen das Allheilmittel zur Ankurbelung der Wirtschaft immer in Investitionen aus dem Staatssäckel. Wir sind der Meinung, daß man einmal etwas tun sollte, um einen funktionierenden Kapitalmarkt zu schaffen, um überhaupt einmal für die vorhandenen Geldmittel das Interesse zu wecken, daß sie von selber in die Wirtschaft hineingehen, was zwangsläufig zu einer wesentlichen Entlastung des Steuerzahlers führen würde.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Sie immer sehr viel von der Reprivatisierung und von Überfremdung durch ausländisches Kapital sprechen, möchte ich darauf hinweisen: Wenn wir den inländischen Kapitalmarkt aktivieren, ist auch die Gefahr der Überfremdung durch ausländisches Kapital selbstverständlich weitgehend zurückgedrängt. Natürlich müssen wir in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß es notwendig ist, die sogenannte Diskriminierung der Aktie zu

beseitigen, und zwar durch eine Senkung der Körperschaftsteuer und durch eine Milderung der Doppelbesteuerung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß beispielsweise der Gedanke der Volksaktie sich allgemeiner Popularität erfreut, daß sogar Sie selber teilweise der Sache jetzt, propagandistisch gesehen, nicht mehr so fernstehen. Ich muß darauf verweisen, daß bisher bei acht Betrieben des ehemals deutschen Eigentums die Aktien zwölfmal überzeichnet wurden. Das ist also ein Beweis, daß ein echtes Bedürfnis vorhanden ist, daß die Menschen trachten, auch auf diesem Wege zu einem Eigentum zu kommen.

Wir müssen aber auch Vorsorge treffen, die Blockierung der ERP-Mittel aufzuheben, und das wäre eine dankbare Aufgabe für den Herrn Außenminister Dr. Kreisky, dem ja die Ursachen hinlänglich bekannt sind, weshalb es zu der Blockierung der ERP-Mittel gekommen ist. Auch das wäre eine Entlastung des Budgets, weil durch diese Blockierung weitgehend Investitionsnotwendigkeiten oder Rationalisierungsmaßnahmen zurückgestellt werden mußten.

Nun möchte ich auf ein anderes Kapitel zu sprechen kommen und darauf verweisen, daß man bei der Budgeterstellung immer mehr zu dem Grundsatz kommen muß, eine gewisse Rangordnung der Bedürfnisse festzustellen. Ich glaube, daß an der Spitze dieser Rangordnung eine Verstärkung der Mittel für unsere gewerbliche Mittelstandspolitik stehen muß. Wir begrüßen es daher, daß die Mittel für die BÜRGES erhöht wurden. Das ist erfreulich, denn wir wissen, daß es für die Klein- und Mittelbetriebe eine Lebensfrage ist, daß sie Investitionskredite und Betriebsmittelkredite bekommen.

Aber in dem Zusammenhang muß ich auch darauf verweisen, so schwer es jetzt im Moment zu sein scheint, weil eben durch diese Überspannung der Ausgaben, durch diese Blockierung an eine Steuersenkung schwer gedacht werden kann, daß hier echte Wünsche, wirkliche Druckpunkte in der gewerblichen Wirtschaft vorhanden sind, und daher müssen wir unsere Wünsche nach gewissen Umsatzsteuererleichterungen für das Kleingewerbe oder bei der Gewerbesteuer nach einer Entlastung für die Klein- und Mittelbetriebe anmelden.

Ich will natürlich nicht Dinge vorwegnehmen, die der Spezialdebatte vorbehalten sind, ich komme aber in diesem Zusammenhang auf einen anderen Punkt zu sprechen, der uns von der Volkspartei von entscheidender Bedeutung zu sein scheint: das ist die Frage des Landwirtschaftsgesetzes. Ich glaube, daß wir aus dem Zustand des demagogischen Hin- und

Hergerettes endlich herauskommen müssen. Die Sozialistische Partei kann nicht leugnen, daß die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft anders gelagert und geartet sind als die der gewerblichen Wirtschaft und der industriellen Wirtschaft. Sie kann nicht leugnen, daß in anderen Staaten Landwirtschaftsgesetze vorhanden sind, sie kann daher auch nicht die Notwendigkeit der Marktregelung, einer gewissen Regelung für die Klein- und Mittelbetriebe und die Bergbauernbetriebe leugnen, und sie sagt auch, sie leugne das nicht, sie sei bereit, sie macht nur wieder etwas: sie koppelt es mit einer Frage, die innerlich gar nichts damit zu tun hat, mit dem Landarbeiterrecht.

Wir wissen ja: die Hintergründe dieser Bestrebungen sind weniger formal-juristischer als politischer Natur, um die Landarbeiterenschaft in den Einflußbereich des Sozialministeriums zu bekommen. Aber das ist der Vorwand, und ich muß die Frage stellen: Haben denn die Landarbeiter nicht das gleiche Interesse an einer Regelung für die Landwirtschaft wie der selbständige Bauer? Die Voraussetzung, um all die sozialrechtlichen Bestimmungen einzuhalten, ist doch, daß der Bauer in seiner Existenz gesichert ist und die Mittel hat, um den Lohnforderungen, Gehaltsforderungen und wie das alles heißen mag, gerecht werden zu können, abgesehen davon, daß das im Zusammenhang steht mit dem Problem der Landflucht nicht allein der Landarbeiter, sondern auch der Bauern und der weichenden Bauernsöhne. Ich hoffe daher, daß die Studienreise, die wir gemeinsam mit den Sozialisten in andere Länder gemacht haben, in dieser Frage etwas befreiend und auflockernd gewirkt und größeres Verständnis ausgelöst haben wird, und wir müssen annehmen, daß wir jetzt einmal einen Bericht hören werden, wie sehr Sie davon beeindruckt sind, daß es in anderen Staaten das gibt und daß Sie sich daher nicht mehr länger dagegen stemmen werden, etwas zu tun, was notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte ganz kurz noch auf ein anderes Kapitel zu sprechen kommen, auf das Problem der Sozialpolitik. Bevor ich mich aber damit befasse, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß ich auf ein Spiel verweisen, das im Koalitionsausschuß gemacht wurde, wo diese Fragen immer besonders mit dem Bundesheer gekoppelt worden sind. Ich möchte daher vorher einige Worte über das Heer und die Außenpolitik sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist es bei den jungen Leuten, die einrücken müssen, nicht überaus populär, einmal neun Monate lang Gamaschendienst zu leisten. Aber die Sache so darzustellen, als ob etwa

eine Sondergendarmerie von Berufsleuten billiger käme als das Heer der allgemeinen Wehrpflicht, scheint mir etwas abwegig zu sein. Ich bin der Meinung: Wenn man A sagt, muß man auch B sagen. Man kann nicht eine Feuerwehr mit schönen Wagen und Schläuchen machen, ohne dafür zu sorgen, daß durch diese Schläuche dann auch Wasser rinnt, mit dem man spritzen kann.

Ich möchte eine Frage an Sie richten: Wir haben im österreichischen Budget 4 Prozent der Ausgaben für das Bundesheer vorgesehen. 4 Prozent! Aber wie kommt es denn, daß im sozialistisch regierten Dänemark 15 Prozent für die Landesverteidigung ausgegeben werden, im sozialistisch regierten Norwegen 16,7 Prozent, im neutralen, sozialistisch regierten Schweden 23 Prozent und in der Schweiz, die zwar nicht sozialistisch ist, aber der man bestimmt keine kriegerischen Absichten in die Schuhe schieben kann, 36 Prozent? (*Abg. Kyselá: Da kann man nur sagen: Glückliches Österreich!*) Glücklich, daß wir uns nicht auf Sie verlassen müssen bei der Verteidigung des Landes, denn dann würden wir wahrscheinlich zu kurz kommen.

Ich möchte nun in diesem Zusammenhang etwas sagen. Auch im Zusammenhang mit der Außenpolitik ist es eine Notwendigkeit, gewissen Erfordernissen des Bundesheeres Rechnung zu tragen.

Ich habe nur einen Wunsch an den Herrn Außenminister Dr. Kreisky: Wir alle sind innerlich wirklich mit unserem ganzen Herzen verbunden mit unseren Südtiroler Freunden, wir leiden mit ihnen und fühlen ihr Schicksal, und wir wünschen eine Erleichterung und daß sie endlich zu dem erstrebten Ziel, zu einer gerechten Autonomie kommen. Und ich muß darauf verweisen, daß die Vorgänger des Herrn Außenministers Dr. Kreisky diesbezüglich verschiedenes geleistet haben, Herr Minister Figl zum Beispiel damals im Europarat. Allerdings würde ich nur wünschen, daß nicht etwa durch einen falschen Lärm mehr Schaden angestiftet wird, als Nutzen gebracht werden kann. (*Unruhe und Zwischenrufe bei der SPÖ. — Ruf bei der SPÖ: Appell Pellas!*) Der Appell Pellas ist für uns uninteressant.

Nun etwas anderes: Wir freuen uns, daß eine Frage gelöst werden konnte, das ist die Frage des 14. Monatsgehaltes. Ich muß aber in diesem Zusammenhang etwas an die Adresse der Sozialistischen Partei sagen: Sie haben uns bei diesem Budget überfallen mit Forderungen noch und noch. Aber eine Regierungserklärung ist ja nicht für ein Jahr, sondern bekanntlich für vier Jahre gemacht, und es können nicht alle Wünsche im ersten Jahr erfüllt werden, sondern es gibt eben Etappen

für das zweite, dritte und vierte Jahr. Das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden. Wir freuen uns darüber, daß dieser 14. Monatsgehalt gekommen ist. Wir möchten für die spät hinzugekommenen Freunde der Beamten in Erinnerung rufen, daß wir seinerzeit initiativ diejenigen waren, die die Entniveleierung und die Valorisierung durchgesetzt haben. Wir wissen, daß damit eine gewisse Blockierung der frei verfügbaren Mittel eingetreten ist. Aber wir freuen uns, daß in der Angelegenheit der Kriegsofferrenten die erste Etappe, der Beginn der Valorisierung eingeleitet werden konnte, sodaß also auch diese berechtigten Forderungen in absehbarer Zeit Erfüllung finden werden, ebenso wie wir uns freuen über eine Verbesserung der Kleinrenten und über die Erhöhung der Ersatzleistungen des Bundes an die Kassen wegen des Wochenlohnes usw.

Aber ich möchte auch in diesem Zusammenhang etwas sagen: Diese Österreichische Volkspartei und in ihr insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenbund ist immer dafür eingetreten, eine echte Volkspolitik zu machen. Und zu einer solchen Volkspolitik gehört auch die Sorge für die Hilflosen in jeder Beziehung. Aber auf dieser Österreichischen Volkspartei ruht auch die Verpflichtung, daß diese Leistungen nicht allein auf dem Papier sind und einem Schwund unterliegen, sondern daß sie durch einen echten Geldwert auch tatsächlich ihre Kaufkraft behalten! Das ist das Wesentliche. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) Dafür danken wir dem Finanzminister ganz besonders. Wir freuen uns auch, daß er eine Novellierung des ASVG. bezüglich der Ruhens- und Kürzungsbestimmungen in Aussicht gestellt hat.

Nun komme ich zu dem Problem der Wohnungswirtschaft. Es wird immer so dargestellt, Hohes Haus, als ob die Progressisten auf diesem Gebiet und die um die Verbesserung der Wohnverhältnisse Besorgten die Sozialisten wären, und wir seien die bösen „Hausherrenvertreter“. Das ist eine so uralte Walze, daß man schon nicht mehr weiß, ob man darüber lachen oder weinen soll. Ich möchte nur einige Feststellungen machen. Die Österreichische Volkspartei — und das kann nicht wegdiskutiert und wegkamotiert werden — tritt seit Jahren dafür ein, daß es zu einer generellen Regelung des gesamten Problems der Wohnungswirtschaft kommt. Aber wir lassen es nicht zu, daß Sie aus diesem Blütenstrauß notwendiger Dinge nur die Sachen herausnehmen, die von Ihrem Standpunkt aus für Sie interessant sind, wie etwa das Assanierungs- und das Bodenbeschaffungsgesetz! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Interessieren Sie sich doch

für die Zinsbildung in den Gemeindehäusern, das ist ein sehr dankbares Aufgabengebiet, womit Sie sich beschäftigen und wo Sie Ihr soziales Wirken unter Beweis stellen können! Reden Sie nicht immer von den alten, verfallenden Buden der Privathausbesitzer! *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wir freuen uns insbesondere darüber, daß, obwohl beiden Fonds nur unbedeutende Mittel zugewendet werden konnten, aus ihren Eigenmitteln jetzt zusätzlich 74 Millionen Schilling zufließen werden; und wir halten es für außerordentlich wertvoll, daß die Anregung Prinkes in das Budget aufgenommen worden ist, 15 Millionen Schilling für Zinsenzuschüsse bereitzustellen, wodurch das Bauvolumen auf zirka 400 Millionen erhöht wird.

Nun möchte ich ganz kurz zwei Sätze über die Kulturpolitik sagen, will aber damit meinen nachfolgenden Rednern nicht vorgreifen. Ich möchte nur drei Dinge hervorheben. Dem Parlament, den Abgeordneten aller Parteien, das muß ich offen und objektiv zugeben, wird oft der Vorwurf gemacht, daß wir bei der Budgetdebatte freundliche Worte für die Kultur haben und in der Praxis auf diesem Gebiet vielleicht weniger tun. Ich glaube, wir müßten eines machen: uns bei den Budgetstellungsarbeiten, die Monate vorher auf der Beamtenebene laufen, rechtzeitig einschalten und diese berechtigten Wünsche unterstützen, weil es dann viel leichter ist, hier Dinge durchzuziehen, als im letzten Moment irgendwelche Korrekturen vorzunehmen.

Wir freuen uns aber trotzdem, daß wesentliche Verbesserungen, Erleichterungen und Förderungen erzielt wurden, über die im einzelnen schon gesprochen wurde. Aber eines möchte ich in diesem Zusammenhang ganz klar zurückweisen: die Demagogie, die auf diesem Gebiet betrieben wird! Und da habe ich ein Wort auch an die Verantwortlichen für das Österreichische Fernsehen zu richten. *(Heiterkeit.)* Wenn man etwa in einer Sendung verfallende Schulbauten sieht, so ist der Hintergedanke des sozialistischen Programmleiters, daß man also hier der ÖVP oder dem Unterrichtsminister eins am Zeug flickt. Aber man vergißt, welches Porzellan und Geschirr im Ausland damit zerschlagen wird, wenn der Eindruck vermittelt wird, daß in Österreich nichts getan und nichts gebaut wird, wo es doch Tatsache ist, daß zwischen 1918 und 1945 nur eine einzige Schule gebaut wurde. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Neugebauer: Viel zuwenig!)* Aber schauen Sie sich doch heute die neuen Schulen, Mittelschulen und Gewerbeschulen und so weiter an! *(Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Neugebauer: Schauen Sie*

sich das Technologische Gewerbemuseum an! Gehen Sie in die Währinger Straße! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Der Unterrichtsminister wird in der Lage sein ... *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Beruhigen Sie sich! Bitte ein Stärkungsmittel für den Kollegen! *(Heiterkeit.)* Nehmen Sie Brom! Bei der Matura hat ein Kollege von mir Brom eingenommen, und dann ist er eingeschlafen. Das wäre für Sie zu wünschen. *(Zwischenrufe.)* Das ist anscheinend eine Achillesferse, ein wunder Punkt, der Nerv, an den ich gekommen bin! Der Abgeordnete Neugebauer wird sich schon verteidigen. Ich habe keine Angst, daß er es nicht machen wird. *(Abg. Dr. Neugebauer: Da können Sie sicher sein!)* Der Kollege Harwalik wird ihm dann sicher gut antworten können. *(Zwischenrufe.)* Ach, ich bin ja ein so bescheidener Demagoge, bei Ihnen müßte ich noch in die Schule gehen! *(Lebhafte Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Demagoge schon, aber bescheiden?)* Kollege Probst, Herr Zentralsekretär, ich werde mich einmal für einen Schulungskurs bei Ihrer Partei anmelden, um hier noch etwas zu lernen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich hoffe, daß ich noch so viel Intelligenz mitbekommen habe, um dem geistigen Niveau dort folgen zu können. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Neugebauer: Hochmut kommt vor dem Fall!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die in Aussicht gestellte Bildung des Kulturbautenfonds und möchte Ihre Aufmerksamkeit — es sind noch so viele Redebedürfnisse vorhanden — nicht weiter in Anspruch nehmen. Ich möchte abschließend nur noch sagen: Die Österreichische Volkspartei wird diesem Budget ihre Zustimmung geben, weil wir der Meinung sind, daß hier wirklich das Bestmögliche herausgeholt wurde, und daß es auch ein weiterer Fortschritt ist. Wir werden selbstverständlich das gleiche Interesse daran haben wie alle anderen Abgeordneten, daß, wenn sich die Einnahmenentwicklung als günstig zeigen sollte, Dinge, die zurückgestellt werden mußten, berücksichtigt werden. Wir danken dem Herrn Finanzminister für diese sehr große Arbeit, die er damit gehabt hat, und wir glauben, daß wir hier jetzt an diesem Budget vielleicht noch einmal eine Gewissensforschung machen sollen: weniger Demagogie und mehr aufrichtige Koalitionsgesinnung! *(Lebhafte Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Gredler. *(Abg. Machunze: Welche Rede kommt jetzt? — Abg. Probst: Welches Manuskript haben Sie? — Abg. Dr. Gredler: Das eigene!)*

Abgeordneter Dr. Gredler: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat vorgestern zum Budget Ausführungen gemacht, die in erheblichen Teilen durchaus als Oppositionsrede verwendbar gewesen wären. Es verlockt fast, die Vorträge des Herrn Ministers in San Franzisko, Los Angeles oder anderen fernen Orten sowie seine kürzlichen Budgeterklärungen zusammenzufassen und ausschließlich daraus zu begründen, warum wir Freiheitlichen diesen Staatshaushaltsplan ablehnen.

Durch die Reden meiner beiden Herren Vordner wurde dieses oppositionelle Konzept in einer bemerkenswerten Weise vervollständigt. Ich glaube, daß man etwa die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Uhlir über die Notlage der Rentnerschaft oder den ehernen Kampf des Herrn Generalsekretärs der Österreichischen Volkspartei Dr. Maleta für den koalitionsfreien Raum und gegen den Proporz sicherlich ebenfalls ohneweiters als Konzept meiner Ausführungen verwenden könnte. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Übrigens einen ehernen Kampf, der freilich eine gewisse Schlangenlinie aufweist, denn ich erinnere mich, daß Dr. Maleta vor den Wahlen sehr entschieden für einen koalitionsfreien Raum, nach den Wahlen sehr entschieden gegen einen koalitionsfreien Raum und heute wiederum sehr entschieden für einen koalitionsfreien Raum eingetreten ist. *(Lebhafter Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf bei der SPÖ: Er ist eben ein kleiner Demagoge!)* Er sagte ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.)* Ich höre gerade, wie der eine Koalitionspartner feststellt, daß sein Koalitionspartner ein Demagoge sei. Ich sehe, ich werde in den Ausführungen der Opposition von Ihnen weiter befruchtet. *(Heiterkeit.)* Man kann sich das Reden wirklich schon fast ersparen, Sie sagen sich gegenseitig alles. *(Erneute Heiterkeit und lebhafter Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Meine Herren! Ihr Applaus zeigt nur, daß meine Ausführungen richtig waren *(erneute Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ)*; denn Sie bringen ja selber tatsächlich alles vor, was man gegeneinander in der Koalition sagen kann.

Mehrfach hat der Herr Finanzminister ausgeführt, daß das Volumen des Budgets 1960 höchstens 36 bis 37 Milliarden Schilling betragen soll. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Dies hindert ihn freilich nicht, heute ein Budget von weit über 42 Milliarden vorzulegen. *(Zwischenruf des Abg. Machunze.)* Wenn Sie die Ausführungen des Herrn Finanzministers so schlecht verfolgen, die er im Inland und Ausland gehalten hat, sind Sie als fahrlässiger Volksparteiler erlappt. *(Heiterkeit.)* Er selbst wird Ihnen mitteilen können, daß er diese Zahlen mehrfach genannt hat. *(Abg.*

Machunze: 40 Milliarden hat er gesagt!) Er hat 36 bis 37 Milliarden als Begrenzung, die richtig wäre, genannt und gesagt, er weiche den politischen Realitäten. Und zu den Realitäten kommen wir noch.

Wenn wir Freiheitlichen nun einerseits an dem aufgeblähten Staatshaushalt, dessen Milliardensummen ja unter Opfern der Bevölkerung zusammengetragen werden müssen, Kritik üben und andererseits aber für jene Bevölkerungsgruppen, die, wie wir heute schon mehrfach von beiden Vordnern gehört haben, in diesem sogenannten Wohlfahrtsstaat leben, in dem von einer Hochkonjunktur für viele nichts zu spüren ist, Forderungen aufstellen, so nennt man dies gegebenenfalls unlogisch. Man vergißt, so sagt man uns, daß ja schließlich nur wenige Mittel da sind, nur mehr 15 Prozent; 85 Prozent seien ja im Budget starr gebunden, und diese enormen Beträge würden dadurch für eine andere Verwendung nicht zur Verfügung stehen.

Wir wissen sehr genau, daß mit den übriggebliebenen Prozentsätzen nicht sehr viel zu machen ist. Aber gerade in den zweckgebundenen Summen würden ja die Möglichkeiten liegen. Durch „Subventionitis“, durch Fehldispositionen, durch Proporzgeist, durch die Auffassung, Staatseigentum sei, dividiert durch zwei, Parteieigentum, durch bonzenabgeschirmte Korruption gehen Milliarden Schilling verloren, die anderswo besser und klüger verwendet werden könnten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Unsere Ablehnung des Budgets begründen wir nicht mit zyklischen oder antizyklischen Eiertänzen, nicht mit Erörterungen darüber, ob ein Ansteigen der Konjunktur zu erwarten sei und daher dem Konjunkturauftrieb entgegen gearbeitet werden müsse, um die Konjunktur nicht preissteigernd zu überhitzen. Ich verwende hier die Terminologie des Herrn Finanzministers, die der Nationalökonom stets wohl anzuwenden und anzuklingen weiß, die aber der der politischen Realität weichende Herr Minister ebenso stets und übrigens auch nach eigenen Aussagen über Bord zu werfen pflegt. Wir Freiheitlichen haben kein Verständnis für blasse nationalökonomische Erörterungen, die dann von der Koalition in der Praxis doch nicht befolgt werden, sondern wir verweisen auf die zahlreichen grundlegenden Fehler, die sich diese beiden gegeneinanderstrebenden und auseinanderstrebenden Parteien ständig zuschulden kommen lassen. Wir Freiheitlichen sind der Auffassung, daß sehr viel geschehen könnte, wenn man die Mißstände von Proporz und Parteibuchgeist, Protektion und Gegeneinander in Theorie und Praxis beseitigen würde.

Nun, meine Damen und Herren, dieses Budget ist größer als das der vergangenen Jahre und steigt ebenso an, wie wir dies schon seit vielen Jahren gewohnt sind. Der Bundesvoranschlag deckt vielleicht ein Drittel des Bruttonationalproduktes, nach anderen Unterlagen macht das, was über öffentliche Kassen geleitet wird und in öffentliche Kassen fließt, an 40 Prozent davon aus.

Wir haben immer wieder in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform gesprochen. Man hält uns einmal entgegen, daß wir derzeit vor einem Konjunkturaufschwung stünden und daß man daher aus wirtschaftszyklischen Gründen Sparmaßnahmen entgegensetzen müsse. Die staatlichen Investitionen müßten daher geringer sein, die Schulraummissere, die kulturellen Notstände in Österreich bleiben — davon werden wir von meinen beiden Herren Nachrednern noch sehr viel hören — und wir wissen, daß, um noch ein Beispiel zu nennen, das Vorantreiben der Autobahn, worüber auch schon gesprochen wurde, fast unterbleiben wird. Man kann daher, wenn man noch weniger Investitionen macht, nicht Beamte unterbringen.

In Zeiten des wirtschaftlichen Rückgangs hält man uns hinwiederum entgegen, daß aus antizyklischen Gründen die staatlichen Investitionen steigen, daß aber die Privatwirtschaft gleichzeitig unter Konjunkturschwierigkeiten zu leiden habe und man daher dann ebenfalls nicht an eine Verwaltungsreform herangehen könne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte dieser pseudowissenschaftlich begründeten Unmöglichkeit, eine Verwaltungsreform durchzuführen, erinnert mich ein wenig an einen etwas makabren Scherz. Ein Verteidiger beklagt sich vor Gericht darüber, daß ein Richter seinen Klienten, der in der Dunkelheit etwas gestohlen hat, hart und schwer verurteilt, eben weil es verwerflich sei, daß er die Dunkelheit genützt habe. Und er sagt weiter: Hätte sein Klient am hellichten Tag gestohlen, würde diese besondere Keckheit ebenso als strafverschärfend ins Kalkül gezogen werden. Schließlich fragt er den Richter: Herr Rat, wann soll mein Klient eigentlich stehlen? (*Heiterkeit.*)

Meine sehr Verehrten! Ich bitte hier keine falschen Vergleiche zu ziehen. Natürlich hängt eine Verwaltungsreform nicht mit einer Straftat zusammen. Aber ich darf auch ganz bescheiden anfragen: Herr Minister oder meine sehr verehrten Fachleute von rechts und links! Wann soll eigentlich eine Verwaltungsreform tatsächlich durchgeführt werden?

Wir stehen doch wieder vor ungeheuren Kosten für den Beamtenapparat, der, wie ich den Zeitungen entnehme, im Jahre 1960 weiter um 6000 Köpfe vermehrt werden soll. Ich hoffe, um Köpfe und nicht nur um Protektionskinder! Wir stehen also vor immer größeren Lasten.

Daneben wird in der von den Koalitionsparteien beherrschten Ordnung alles vom Staat, von halbstaatlichen oder von parteipolitischen Kreisen beeinflusst, dirigiert und diktiert. Darin liegt natürlich auch der Grund, warum die Verwaltungsreform nicht mit einer Gesetzesreform beginnen kann. Der Gedanke an sich, den Redner der Koalitionsparteien gelegentlich zu diesem Gegenstand geäußert haben, daß nämlich jede Reform mit einer Vereinfachung, mit einer Verminderung der erlassenen Gesetze beginnen müßte, hat sicherlich etwas für sich. Aber warum können wir diesen Weg nicht gehen? Warum müssen wir immer wieder einen Perfektionismus, eine Ausführung bis ins letzte verlangen? Das Streben, alles bis ins Detail schwarz auf weiß festzulegen, geht nicht zuletzt auf das Mißtrauen gegen die Ermessensfreiheit zurück. Auch ich, sicherlich viele von Ihnen ebenso, würde lieber Gesetze sehen, die einfach sind, nur das Grundsätzliche regeln und den Beamten in der Ausführung einen weiten Spielraum lassen. Wenn aber die Ermessensfreiheit dauernd durch politische Einflüsse degeneriert wird, wenn durch Parteiinterventionen Unrecht geschaffen wird, das nicht selten dann Rechtsanschein erhält, wenn nur — quasi zweimal minus gibt plus — dieses Unrecht den Proporzcharakter bewahrt, dann wird es begreiflich, daß man statt weitmaschiger Grundsätze Vorschriften mit zahllosen, jeden Einzelfall möglichst klärenden Normen haben muß, die eine große Mühe und eine große, ja steigende Zahl sie handhabender Kräfte erfordern. Das ist einmal in der Frage der Verwaltungsreform etwas tiefer gegangen, unter Berücksichtigung des von Ihnen geäußerten Grundsatzes: einfachere Gesetze! Aber Sie befolgen ihn nicht, Sie können es gar nicht tun, solange Sie praktisch dauernd versuchen, das Ermessen durch politische Interventionen auszuschalten.

Dazu kommt, daß man in steigendem Maße die Menschen lehrt, in allem und jedem ihrer Nöte an den Staat heranzutreten, daß man durch eine so geartete Steuer- und Budgetpolitik, sicherlich auch durch die leidvolle Geschichte unserer Geldwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, es den Menschen unmöglich gemacht hat, erst einmal für sich selbst zu sorgen, daß dieser Staat sehr große Bereiche im Wege der Verstaatlichung unter seine Kontrolle brachte, wie sie diesseits des

Eisernen Vorhanges sonst nirgends besteht, auch nicht etwa in den skandinavischen sozialistischen Staaten oder etwa in Großbritannien in der Zeit, als die Labour Party dort regierte; Gesetze übrigens, die verhängt wurden, als die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit im Parlament hatte!

Dieser Zustand erfüllt uns weiterhin mit Beunruhigung. Der Ausgang der englischen Wahlen beweist doch eindeutig, wie sehr auch die breiten Massen den Weg der Etatisierung und Kommunalisierung immer weiterer Wirtschaftskörper ablehnen.

Schauen wir in unsere Heimat: Schwerindustrie, Maschinenindustrie, Bergbau, Öl, Schiffswirtschaft, die größten Teile der chemischen und der metallverarbeitenden Wirtschaft, die Großbanken — alles ist verstaatlicht! Die Energiewirtschaft nicht anders; über die Verpolitisierung der Luftfahrt haben wir hier schon manches leidvolle Kapitel gehört. Selbst die Vergnügungsindustrie, wie etwa die Kinos, kommen steigend in Gemeindegang. Und darüber hinaus beherrschen staatliche und halbstaatliche Organisationen, die nicht die sachliche Überlegung, sondern leider vielfach das Parteidiktat zur Grundlage ihrer Entscheidung machen, breiteste Sektoren des öffentlichen, im wachsenden Maß auch des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Für uns bedeutet somit freiheitliche Opposition letzten Endes ein Ringen um die verbleibenden Rechte der menschlichen Freiheit, ein Ringen um die Gerechtigkeit. Wo bleibt denn bei diesen ewigen Worten und Beteuerungen, wie wir sie heute schon gehört haben und wie sie noch kommen werden, Beteuerungen vom Wohlfahrtsstaat und von der Konjunktur, die uns so ärgerlich bedrohen würde, die Vorsorge für zahlreiche Kreise der Bevölkerung, für Rentner, für arme Menschen, für alte Menschen, für die die Koalitionsparteien in der Praxis ja außer Wahlreden und Parlamentsreden doch sehr wenig übrig haben? Wir haben heute auch gehört, wie breite Kreise etwa dieser Rentnerschaft mit 600 S monatlich auskommen müssen, und es lassen sich wahrscheinlich noch ungünstigere Zahlen nennen.

Was geschieht, meine sehr Verehrten, um den Spätheimkehrern auch nur einen Bruchteil ihrer Leiden zu kompensieren? Wie wenig hat man auch nach kleinen vorgesehenen Retuschen in dem vorgestern vorgelegten Budget für die Kriegsofopfer übrig? Womit können unsere Sozialrentner rechnen, die, wie gesagt wurde, mit einem Bettel auskommen müssen? Was für schlechte Gesetze hat man für Bombengeschädigte und Besatzungsgeschädigte geschaffen! Und warum läßt man unseren Verbesserungsantrag liegen? Die Rückstellungs-

geschädigten erwähnt man mit keinem Wort. Die Auslandsösterreicher warten lammfromm auf die Wiedergutmachung einer ihnen wider jedes Recht vor 15 Jahren in den Volksdemokratien angetanen Unbill. Für die Jugoslawien-Geschädigten fordert sogar der Staatsvertrag ein Gesetz; es haftet bis heute aus. Die Volksdeutschen, deren Einbürgerung man jahrelang verzögerte und die man arbeitsrechtlich ebensolange als zweitrangig behandelt hat, warten noch immer auf das Fremdentengesetz. Es seien nur einige Probleme hier erwähnt.

Nun, eine Budgetdebatte stellt eine Generalabrechnung dar und nicht nur eine Besprechung einzelner Ansätze. Vorgestern hat der Herr Finanzminister gesagt, man könne nicht alles im ersten Jahr der Regierungserklärung erwarten, Sie haben ja verfassungsmäßig vier Jahre Zeit. Aber es waren doch zahlreiche, in Möglichkeitsformeln getauchte Versprechungen in dieser Regierungserklärung enthalten, die viel länger zurückliegen, die immer wieder erwähnt wurden, die immer wieder vorverhandelt wurden, aber an die man erstlich durch einen weit längeren Zeitraum, als vier Jahre zurückliegend, nicht herangegangen ist.

Was ist etwa mit der Reform der Gewerbesteuer, der Umsatzsteuer, der Haushaltsbesteuerung? Wie steht es mit der Milderung der Einkommensteuer, gerade in den unteren und mittleren Stufen? Was hört man von der so oft versprochenen und besprochenen Ausgabe der Volksaktien und der Entwicklung des Kapitalmarktes? Wie lange nörgelt man am Antikorruptionsgesetz und seinen diversen Entwürfen herum? Wie lange spricht man von dem Problem der Postenausschreibung und wann kommt diese endlich? Warum streitet man sich zwischen den Regierungsparteien über die so notwendige, von uns allen als so notwendig angesehene Regelung des Wohn- und Mietenwesens, über die Bekämpfung der gesetzwidrigen Wohnungsablösen, des Wohnungswuchers und der Obdachlosigkeit? Wie lange will man der Landbevölkerung noch vorenthalten ein Landwirtschaftsgesetz und ein Forstgesetz? Manche offene Frage, etwa der Milchwirtschaft, wäre zu regeln. Auch das Mühlengesetz mag hier erwähnt werden. Warum hilft man nicht den armen Sozialrentnern durch Valorisierung der Altrenten, Änderung des Kriegsofopferversorgungsgesetzes? Wir lesen etwa in der Regierungserklärung: „Im Bereich der Pensionsversicherung wird sich die Bundesregierung bemühen, das sogenannte Altrentenproblem zu beseitigen.“ „Eine solche Lösung wird allerdings nur schrittweise erfolgen können.“ „Man wird die Altrenten an die nach dem ASVG. bemessenen Renten heranführen.“

Meine sehr Verehrten! Wir merken noch nichts von diesem schrittweisen Heranführen und von der „Bemühung“ im jetzigen Budget.

Es hat vor einigen Jahren ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei einmal gesagt: „Wir nehmen vom Abgeordneten Gredler zur Kenntnis, daß die Freiheitlichen gegen die Rentner sind, daß sie für die Wohlfahrt des einzelnen, aber gegen die Wohlfahrt des Schwachen sind.“ Meine Damen und Herren! In der Praxis ist so ein Rentner auch ein einzelner, und wir sind sehr entschieden für seine Wohlfahrt. Wir haben gar nichts davon, wenn mit Lippen-deklarationen vom Wohlfahrtsstaat gefaselt wird, wenn es dieser einzelne Rentner nicht spürt. Im Gegenteil, meine Damen und Herren, nicht, was damals gesagt wurde, stimmt, sondern weil wir für den einzelnen, und zwar auch für den einzelnen kleinen Rentner sind, darum vertreten wir die Auffassung, daß mit Parlamentsreden und mit Regierungsreden allein, mit „es sollte“, „es müßte“, „es könnte“, „man wird schrittweise“ und Ähnlichem, gar nicht zu helfen ist, sondern einfach damit, daß man die entsprechenden Ansätze in das Budget stellt, daß man die entsprechenden Gesetze unter uns vereinbart. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Warum schafft man nicht das moderne, oft versprochene Fürsorgegrundsatzgesetz? Warum fördert man nicht die Hochschulstudien sowie den seit Jahren vorgesehenen Forschungsrat durch entsprechende legislative Maßnahmen? Was tut man denn wirklich in der Frage der wirtschaftlich unterentwickelten Gebiete oder etwa zur Lösung des Problems der Braunkohlenbergwerke? Warum wartet man noch immer auf das Dienstzeitausgleichsgesetz sowie auf eine Regelung der dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften für verschiedene Beamtengruppen? Wo ist die Reform der Strafprozeßordnung sowie des Presse-rechtes? Von der echten Wohnungs- und Mietenreform habe ich schon gesprochen. Aber was wäre mit einer Konzentrierung der heute zerfaserten öffentlichen Wohnbauhilfe und einer tatsächlichen Durchführung der immer wieder als Wahlschlager versprochenen großzügigen Form des Wohnbaues, die in dieser Form für den einzelnen nutzlos bleibt, wenn nur der Parteigünstling hineinkommt?

Auch hier verweise ich auf das, was die Österreichische Volkspartei im Wiener Wahlkampf gesagt hat, was aber auch auf diesen Gebieten in Österreich keinesfalls nur gegen eine, sondern gegen beide Parteien als Vorwurf erhoben werden kann.

Die Aufzählung dieses Sündenregisters könnte fortgesetzt werden. Ich glaube, sie genügt. Ich glaube, daß die Lethargie der

Wählerschaft, die steigende Wahlenthaltung bei den Arbeiterkammerwahlen ins Auge springen; allerdings gab es in diesem Fall auch eine elende Organisation und keinen echten Willen, die Organisationsform zu ändern. Aber darüber hinaus sehen wir in Vorarlberg und jetzt in Wien schon etwas, was jede Partei beunruhigen müßte, denn eine Lethargie der Bevölkerung im Politischen kann niemanden freuen. Vergleichen wir mit den Mai-Zahlen. Schon damals vorhanden, sind die Enthaltungen jetzt bei weitem gestiegen. Außerdem haben wir eine Wahlarithmetik in Österreich, die wahrlich grotesk ist. Wir haben sie auf Bundesebene schon genug angegriffen, aber betrachten wir sie jetzt etwa in Wien. Es hätte ohne weiteres sein können, daß in dem einen oder anderen Bezirk, wenn die eine Regierungspartei mehr Stimmen bekommen hätte und die Wahlzahl damit erhöht worden wäre, ein Grundmandat der anderen verhindert worden wäre. Dadurch wäre die Zahl der Restmandate angestiegen, und wir hätten solche Mandate, zumindest das fünfte, gewonnen. Es wäre durch diese Wahlarithmetik der groteske Fall eingetreten, daß das Steigen der Stimmenzahl einer Partei bei einer anderen etwas Positives hervorgerufen hätte. *(Abg. Dr. Maleta: Hätte!)* Sie sagen „hätte“, Herr Kollege Maleta! Darf ich Ihnen vorkommen, daß bei der Nationalratswahl 1959 die Sozialisten um fast 30.000 Stimmen in Wien mehr bekommen haben, daß sie aber nach der damaligen Auszählung um drei Mandate weniger erhalten hätten, als es jetzt der Fall ist. Das bedeutet doch, daß solche unguete wahlarithmetische Spiele, etwa die Einteilung einer Stadt in 23 Wahlkreise, nichts mit einem echten und fairen Wahlkampf zu tun haben.

Ich nehme an, wenn diese Wahlenthalter bereit gewesen wären, die echten Voraussetzungen in der Politik zu prüfen, wenn sie aus dem Stadium der Lethargie herausgegangen wären, wäre ihnen vielleicht eine Entscheidung leichter gefallen.

Aber ich komme in diesem Zusammenhang zu einem sehr wichtigen und gelegentlich von mir immer wieder erwähnten Problem. Ich beginne mit einer für Sie alle vielleicht interessanten Feststellung.

In der zweiten Augushälfte 1959 haben Wiener Parteistellen der Kommunistischen Partei Blankomeldezettel verteilt, die nur mit dem Namen des Anzumeldenden unterschrieben waren, mit beigelegten Zetteln, auf denen der Name und das Nationale des Anzumeldenden verzeichnet waren, mit dem Auftrag, diesen Personenkreis in Wien polizeilich anzumelden. Die Anmeldungen erfolgten dann zwischen dem 20. 8. und dem 1. 9. Inzwischen

hat die Polizeidirektion Wien seit etwa acht Tagen eine Überprüfung eingeleitet und bereits 400 Fälle von Wahlschwindel schon vor einigen Tagen nachgewiesen gehabt. In keinem einzigen dieser Fälle hat der Angemeldete auch nur eine Stunde in Wien gewohnt oder ist mit dem Anmelder auch nur persönlich bekannt gewesen. Die Kommunisten hatten die Weisung erteilt, anzugeben, daß es sich bei den fraglichen Personen um Verwandte oder gut Bekannte handle, die ihren Wohnsitz ständig nach Wien verlegt haben. Bei den jetzigen Erhebungen hat sich herausgestellt, daß die Befragten selbst zugeben, die Angemeldeten haben nie bei ihnen gewohnt und sie kennen sie auch nicht. (*Hört! Hört! - Rufe bei der FPÖ.*)

Und nun das Merkwürdige: Seit etwa zwei Tagen wird diese Untersuchung wieder abgeblasen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Innenminister — ich glaube es nicht — oder irgendeine andere maßgebliche Persönlichkeit etwa aus wahltaktischen Gründen gewillt sei, diesen Wahlschwindel nicht aufdecken zu wollen. Aber es ist jenes merkwürdige Eingehen auf die Interessen der Kommunisten, das wir zu unserem Bedauern schon mehrfach erlebt haben — ja, die auch angesichts der Schiller-Feier verschiedener Verbände bemerkt werden mußte.

Ich bin mir bewußt, daß ich hier ein Thema berühre, das wiederum Hetzorgane dazu führen wird, uns mit dem Kosenamen „Nazi“ zu belegen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Neonazi!*) Oder Neonazi oder Neofaschisten, wenn Sie wollen. (*Abg. Dr. Hofeneder: Ich tue es nicht!*) Ich weiß es, ich weiß es.

Daß die Kommunisten hetzen, das wundert uns nicht, aber warum bezeichnet etwa die österreichische „Arbeiter-Zeitung“ eine Reihe von Verbänden mehrmals als neofaschistisch? Ich habe den Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ hier. Der Bund der Tiroler — vermutlich der „Tirolerbund“ — in Wien wird von einem Wirtschaftsbündler geführt, dem Kommerzialrat Gassner. Hier wird er aufgeführt in der Liste neofaschistischer Organisationen. Meine sehr Verehrten! Es wird im Tirolerbund in Wien wahrlich nur wenige Neofaschisten geben! Der Südtirolerbund wurde, bis vor wenigen Tagen, als er starb — gemeint ist hier der Notring für Südtirol, die Terminologie ist nicht ganz richtig, wie auch der Inhalt falsch ist —, geführt von Monsignore Kolb, einem Tiroler Geistlichen — also vermutlich wirklich weder einem Neofaschisten noch einem sogenannten Neonazi. Es wird hier die Sudetendeutsche Landsmannschaft angesprochen. Das sind Menschen, die darüber trauern, daß sie ihre Heimat

verloren haben und die man wohl nicht in einer so häßlichen Form diffamieren sollte. Es wird erwähnt der Ring Freiheitlicher Studenten, der in einer aktiven Zusammenarbeit an allen österreichischen Hochschulen — an manchen stellt er den Vorsitzenden — mit den Studentengruppen der beiden Regierungsparteien um Hochschulprobleme ringt und dem man diesen Vorwurf auch nicht machen kann. Übrigens, würde er zutreffen, dann müßte man ihn ja verbieten. Als letzter wird noch der Österreichische Kameradschaftsbund erwähnt, meinem Gedächtnis nach geführt von dem Wiener Bauernbunddirektor Dr. Jaus, einem persönlichen guten Bekannten des Herrn Heeresministers und Bauernbunddirektors Graf.

Meine sehr Verehrten! Lesen Sie die Liste dieser Verbände hier! Ich finde wahrlich nirgends einen Ansatzpunkt für diese Vorwürfe, ja ich finde, daß Sie mit diesen Vorwürfen eigentlich den Heeresminister, den Unterrichtsminister, eine ganze Anzahl markanter Persönlichkeiten in österreichischen Regierungsfunktionen beschuldigen, mit Neonazis oder Neofaschisten enge Beziehungen zu unterhalten, oder den Herrn Innenminister beschuldigen, eine ganze Reihe von Verbänden behördlich zuzulassen, die staatsfeindlich handeln. (*Abg. Mitterer: Einmal haben sie gesagt, die „Arbeiter-Zeitung“ ist nicht ihr Organ!*) Richtig! Man erklärte wirklich, wie das Herr Abgeordneter Mitterer hier anführt, daß die „Arbeiter-Zeitung“ nicht das sozialistische Organ sei, aber ich nehme an, daß diese Ausflucht auch in diesem Fall wohl unrichtig ist.

Man sprach dann in den Zeitungen über Anhaltungen wegen Tragens von Hakenkreuzen. Es ist inzwischen festgestellt worden, daß kein einziger solcher Fall vorliegt. Meine Damen und Herren! Diese Behauptung steht aber in schwedischen Zeitungen, in französischen Zeitungen, und sie diffamiert unsere Heimat Österreich! (*Zustimmung und Beifall bei der FPÖ.*) Sie bekennen sich in großangelegten Veranstaltungen zu unserer gemeinsamen rot-weiß-roten Fahne, aber Sie nehmen sich gleichzeitig nicht die Mühe, durch ein Dementi des Herrn Polizeipräsidenten oder des Herrn Innenministers die österreichischen Zeitungen anzuweisen, derartige falsche Vorwürfe nicht zu bringen.

Ich wundere mich nicht über die Schreibweise der „Volksstimme“ — von der habe ich es nicht anders erwartet. Ich wundere mich auch gar nicht darüber, daß diese ölige Guelfenfeder im „Neuen Österreich“ darüber in ähnlicher Form schreibt, denn man muß ja dem Ein-Drittel-Partner, den Kommunisten,

Konzessionen machen. Auch wenn man weiß, daß es nicht stimmt, ist es eben notwendig, sich mit seinem Geschäftspartner in der Drei-Parteienvereinigung „Neues Österreich“ gelegentlich entsprechend zu arrangieren.

Meine sehr Verehrten! Die Freiheitliche Partei hat diese Schiller-Feier weder konzipiert noch durchgeführt. Sie bedauert aber, daß das Recht auf Freiheit des Wortes von den Verantwortlichen so wenig geschützt wurde und daß mittels bewußter Unwahrheiten ein so übler Nachweis hervorgerufen wurde, wie weit wir in Österreich noch vom Rechtsstaat, vom gleichen Recht für alle Staatsbürger entfernt sind. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hofeneder: An dem Proporz hat die ÖVP aber nicht Anteil!*) Ja, Herr Kollege, ich weiß, daß sich hier in erster Linie die Kommunisten und in zweiter Linie die Sozialisten betätigt haben. Den Artikel im „Neuen Österreich“ schrieb aber der Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Es ist also auch dort ein Verschulden. (*Abg. Machunze: Das ist aber nicht die Zeitung der ÖVP!*) Ich freue mich, daß Sie sich hier durch Ihr ganzes Verhalten davon distanzieren (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), und ich stelle noch einmal fest: Es ist nicht gut, wenn am Tag der Fahne durch Verleumdungen ein Teil der österreichischen Bevölkerung einer staatsfeindlichen Gesinnung geziehen worden ist.

Es ist, wie ich schon sagte, nicht die Aufgabe eines Generalredners, sämtliche Budgetkapitel durchzugehen. Wir werden das in der Spezialdebatte noch machen. Ich sehe mich aber doch veranlaßt, einiges zum Kulturbudget zu sagen, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil ich vor kurzem erfahren habe, daß nicht, wie vorgesehen, nur drei, sondern fünf Redner heute zum Budget sprechen sollen. Aus den Namen der beiden Herren, die nach mir zu Wort kommen, entnehme ich, daß sie sich wohl vor allem mit Fragen der Kultur beschäftigen werden. Und daher möchte ich das für meine Fraktion gleich vorwegnehmen und erinnere in diesem Zusammenhang an die Ausführungen, die kein Geringerer als der Herr Bundespräsident selbst in Alpbach bei der Eröffnung des Europäischen Forums Alpbach gemacht hat. Er sagte dort, daß Österreich nie aufgehört habe, seinen Beitrag zur europäischen Kultur zu leisten. Österreichische Musik, österreichische Dichtung, österreichische Geistigkeit, das seien ewig gültige Werte für unsere Heimat — diese Leistungen seien es, die uns in der Welt beliebt machen.

Wenn Sie sich aber die Budgetsummen ansehen, ja selbst wenn Sie das gehört haben, was der Herr Finanzminister dazu sagte, der selbst einräumte, daß hier noch sehr viel geschehen müßte, dann finden Sie, daß sich

die beiden Regierungsparteien den Gedankengängen des Herrn Bundespräsidenten wohl kaum anschließen. Wir finden doch heute weder eine moderne Neugestaltung der Schulpläne noch einen entsprechenden Ausbau der Erziehungsanstalten noch eine Förderung der Forschung noch eine Beachtung der vielen dringlichen Forderungen der Hochschulen. Ich erinnere nur an die Hochschulassistenten, die vor kurzem bei allen drei Parteien vorgeprochen haben. Ich darf Sie auch an den Besuch des kanadischen Botschafters Wilgress, der im Auftrag der OEEC eine Reise durch die europäischen Länder zur Information über den Stand des Forschungswesens unternommen hat, erinnern. Wilgress vertrat die Auffassung, daß zwischen der theoretischen und der angewandten Forschung ein enger Kontakt notwendig sei, daß eine unabhängige Institution zur Forschungsförderung mit reichlicher Unterstützung durch die öffentliche Hand geschaffen werden müßte und daß schließlich eine ausreichende steuerliche Absetzbarkeit der Zuwendungen der Wirtschaft für die Forschung sehr begrüßenswert wäre, und er brachte uns geradezu beschämende Vergleichszahlen, wie weit wir hier hinten nachhängen im Vergleich zu den übrigen Staaten.

Es ist sicherlich so, daß die unsere Erziehung, unser Denken und Verhalten bestimmenden institutionellen Normen mit dem durch Wirtschaft und Technik heute gewandelten Bild der Wirklichkeit sehr oft in Widerspruch stehen. Sicherlich ist es schwer, einen Mittelweg zu finden zwischen jener Tendenz, die in den amerikanischen Hochschulen zu einer Verstärkung des Unterrichtes in den sogenannten humanities, übrigens auch auf dem technischen Sektor, also auf rein technischen Universitäten, geführt hat, also zum Versuch, ein Anklingen des studium generale dem Spezialisten beizubringen, oder der Studienform in der Sowjetunion, wo ein möglichst differenziertes, vielfach qualitativ ausgezeichnetes Spezialistentum vorherrscht. Sicherlich nicht leicht, daraus die Synthese zu finden. Das Ergebnis unserer schulischen Erziehung und unserer mangelnden Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der Forschung überhaupt, führt aber dazu, daß wir mehr und mehr auf einem Sektor zurückbleiben, der gerade in einem Kleinstaat unendlich wichtig ist, auf dem Sektor der geistigen Faktoren, der geistigen Befruchtung der Menschheit, statt gerade auf jenem uns verbliebenen Sektor — nachdem wir politisch, militärisch längst seit Jahrzehnten keine Großmacht mehr sind — wenigstens zu versuchen, auf dem kulturellen und geistigen Gebiet das große Erbe unserer Ahnen weiterzuführen!

Der Streit beider Koalitionspartner um das Budget ist zwar in letzter Stunde beendet worden, aber es sei hier nur erwähnt, daß der Herr Vizekanzler verschiedene Ausgaben einfach neuen Fonds übertragen wollte, die er durch Aufnahme von neuen Innenanleihen speisen wollte. Nun erinnern wir uns an die Wahlpropaganda, an Reden und Artikel prominenter Sozialisten — übrigens des Herrn Vizekanzlers selbst oder der Herren Nationalräte Dr. Migsch und Klenner — über die Kosten der Staatsschuld, über das ständige Anwachsen derselben, über die aufsteigende, immer stärker werdende Anleihepolitik des Herrn Finanzministers. Mir scheint hier ein echter Widerspruch zu klaffen, ein echter Widerspruch, der wohl identisch ist mit dem, was der Herr Finanzminister politische Realitäten nennt, um derentwillen er uns das aufgeblähte Budget hier vorgelegt hat. Und ein solcher echter Widerspruch in allen Grundsätzen erklärt die Regierungspolitik überhaupt! Ich glaube, die erste Realität des Koalitionsregimes ist der echte Widerspruch zwischen den Konzepten von Ihnen beiden.

Dagegen und damit gegen das Budget, gegen diesen echten inneren Widerspruch, sprechen wir Freiheitlichen. Wir Freiheitlichen wollen ringen um das Recht der Persönlichkeit gegen Parteigeist, gegen Partei- allmacht, gegen Kollektiv in allen Schattierungen. Wir sind freiheitlich im Sinn einer Begrenzung der Freiheitssphäre der Person nur durch echte Erfordernisse der Gemeinschaft. Wir sind freiheitlich im Sinn einer Begrenzung der sich immer weiter ausdehnenden Macht- sphäre des Staates. Wir sind freiheitlich durch unser Bekenntnis für die soziale Marktwirt- schaft, für eine ebenso wirkungsvolle wie fort- schrittliche Sozialgesinnung, die Vorurteile und Klassenkampfpaparn abbauen und die echte Zusammenarbeit zwischen den Sozial- partnern fördern will. Darum wollen wir die Anerkennung des Arbeitnehmers im Betrieb und das Gefühl der echten Zugehörigkeit zu demselben bei ihm fördern, darum bekennen wir uns auch zur Gewerkschaftsarbeit, die wir freilich frei wissen wollen von Parteihader und Parteigezänk. Wir sind freiheitlich, weil wir im Gewissensbereich, im Religiösen vollste Toleranz wollen. Wir sind freiheitlich, weil wir uns stolz und uneingeschränkt zu unserem Österreich bekennen, das — ich darf an die kürzlich im Wahlkampf gesprochenen Worte des Dritten Nationalratspräsidenten, des Herrn Dr. Gorbach, erinnern — ein Teil der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft ist. Wir sind freiheitlich, weil wir uns zu einem einigen, freien Europa bekennen.

Darum wollen wir ein Budget, frei von Schlagworten, von nicht verwirklichten ökonomischen

Theorien, von Staatsbevormundung, von doppelter Parteidiktatur. Wir wollen einen Staatshaushalt und ein Staatssystem, das die Selbstverantwortung stärkt, eine echte soziale Hilfe für Benachteiligte, für alte, invalide oder schuldlos im Krieg und in der Nachkriegszeit geschädigte Menschen vorsieht. Wir sind für einen Staatshaushalt und für ein Staatswesen, in dem der Tüchtige seiner Leistung froh werden soll, ohne gezwungen zu sein, um einer Anstellung, einer Wohnung, einer Beförderung willen, um nur einiges zu nennen, ein Parteibuch zu zücken.

Das Ergebnis der letzten Wahlen hat dazu geführt, daß von dem sogenannten Trend zum Zweiparteienstaat nicht mehr gefaselt wird. Der Versuch, durch Druck die Dritte Kraft auszuschalten, kann wohl endgültig als gescheitert bezeichnet werden. Wir geben uns keinen Illusionen über die Schwierigkeiten hin, bei einem praktisch nicht vorhandenen, ausgeschalteten Parlament gegen eine erdrückende Mehrheit Politik zu machen. Wir werden aber dennoch weiter ringen für einen Haushalt der Gerechtigkeit, für eine Verwaltungsreform, für eine Berücksichtigung der deklassierten Bevölkerungskreise und gegen eine Staats- hypertrophie, wie sie dieses Budget vorsieht.

Wir Freiheitlichen wollen einen Staat freier Menschen und ein Budget, das diesem Ziel dient. Wir lehnen daher das von den Koalitionsparteien vorgelegte Budget ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Neugebauer: Hohes Haus! Wenn man die vielen Gruppen, Kapitel und Unterteilungen eines Staatshaushaltes ansieht, dann erhält man einen Begriff von den vielseitigen Aufgaben eines modernen Staates. Keine Aufgabe soll vernachlässigt werden. Geschieht dies dennoch, dann kann man sicher sein, daß sich bald ungünstige Auswirkungen einstellen werden.

Sicherlich wird man in einer Notzeit, wie zum Beispiel eine Nachkriegszeit eine ist, zunächst an die materielle Grundlage des Lebens denken müssen. Man darf aber nicht vergessen, daß das Leben auch andere Seiten hat. Leider kann es vorkommen, daß man im Eifer des Wiederaufbaues des durch Krieg Zerstörten und der Sicherungen des Lebens an die kulturellen Aufgaben des Staates zuwenig denkt. Das war und ist in Österreich der Fall. Dann kommt es eben zu jener scharfen Kritik am Kulturbudget, kommt es zu Aktionen, um Verbesserungen herbeizuführen.

Die Klage über die baulichen Übelstände an den Gebäuden unserer Mittelschulen, technischen Lehranstalten, Hochschulen und ihren Instituten ist nicht neu. Die Räume reichen für die Zahl der Hörer und Schüler nicht aus. Kellergeschosse werden als Schulräume eingerichtet, es gibt Klassen, die kein eigenes Klassenzimmer haben, und es gibt den Schichtunterricht an den Mittelschulen. Jedes Jahr bei den Beratungen des Nationalrates über den Staatshaushalt haben alle Parteien in eindringlicher Weise zu diesem Problem Stellung genommen. Im vorigen Jahr war es die Frau Abgeordnete Rück, die die unhaltbaren Zustände in der steirischen Hauptstadt in eindrucksvoller Weise geschildert hat.

Die Klage wird aber zu einer Anklage, wenn sich die Eltern entschließen müssen, Aktionen des Protestes hervorzurufen, um diese Übelstände aufzuzeigen, wenn die Lehrer an den Mittelschulen und technischen Schulen dagegen demonstrieren, daß es solche Zustände gibt, und wenn Studenten und Professoren in einer Front gegen diese Übelstände ankämpfen müssen. Unternehmungen solcher Art sollten nicht notwendig werden, sie sind keinesfalls ein Ruhmesblatt in der österreichischen Schulgeschichte.

Es ist durchaus richtig, was wiederholt ausgesprochen worden ist: Wenn man in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität nicht in der Lage ist, für gute und ausreichende Unterkünfte im Schulwesen zu sorgen, wann, meine Frauen und Herren, ist man denn dann eigentlich in der Lage, dies zu tun? Manche von den Demonstrierenden meinten, man solle vom Sozialbudget oder vielleicht vom Wohnungsbau Abstriche zugunsten des Kulturbudgets machen. Solche Gedanken sind doch absurd und völlig indiskutabel. Es hat den Anschein, als hätten die um ein besseres Kulturbudget Kämpfenden plötzlich Angst vor ihrem eigenen Mut bekommen und wollten nun beweisen, daß sie linientreu seien.

Gewiß ist die Zahl der Mittelschüler gestiegen, vielleicht aber auch dadurch, daß man die Hauptschule ihrer ursprünglichen Gestalt entkleidet hat. Man hat der Hauptschule die gesetzlich vorgesehene Form, die sie im Jahre 1927 erhalten hat, einfach weggenommen, man hat Einrichtungen getroffen, damit Hauptschüler eben nicht mehr von der vierten Hauptschulklasse in die fünfte Klasse einer Mittelschule reibungslos übertreten können, und das ist ein großer Übelstand. Eine solche Entwertung der Hauptschule hat natürlich einen größeren Andrang zu den Mittelschulen zur Folge. Dies ist die Tatsache und nicht das, was heute „Das Kleine Volksblatt“ bemerkt, wo man Ursache und Wirkung verwechselt.

Zuerst hat man die Hauptschule entwertet, dann wurde sie ausgepowert, und dann schreit man darüber. Es ist immer das alte Lied: Für einen gewissen Kreis des Volkes die Mittelschule, und für den anderen soll die Volksschule, eventuell eine Bürgerschule, wie sie einmal war, genügen.

Die technischen Lehranstalten müssen Jahr für Jahr geeignete Aufnahmebewerber zurückweisen, weil die Plätze an ihren Schulen nicht ausreichen. Andererseits aber braucht die Wirtschaft Techniker und klagt darüber, daß es zuwenig Techniker gibt. Die Erziehung und Bildung muß doch an die Zukunft denken, denn jede Erziehung ist eine Erziehung der Jugend für die künftige Zeit, damit die Jugend einmal in der Lage ist, als Erwachsene das Leben zu meistern. Man muß eben planvoll zu Werke gehen und darf sich nicht treiben lassen.

An dieser Planmäßigkeit hat es bisher gefehlt, und das ist eine der Ursachen des Übels, gegen das protestiert worden ist. Man muß Mittel und Wege finden, um diesen Mangel aus der Welt zu schaffen.

Es soll auch endlich ein Studienförderungsgesetz geschaffen werden. Das ist keineswegs davon abhängig, daß wir ein Hochschulstudien-gesetz zuerst schaffen und dann das Studienförderungsgesetz machen. Die Studenten beklagen sich mit Recht über diese Vernachlässigung. In anderen Staaten fördert man Begabungen in ausreichender Weise, in Österreich plagen sich noch immer die Werkstudenten, um ihr Studium aus eigener Kraft zu finanzieren. Wenn nur 7 Prozent der Studierenden aus Arbeiterkreisen stammen, so zeigt dies doch, daß die notwendige Förderung fehlt. Auch diese Feststellung ist eine Anklage.

Unser Landvolk nimmt mit nur 10 Prozent Bauernkindern an unseren Hochschulen teil. Wie viele fähige Köpfe der Vergangenheit und der Gegenwart stammen gerade aus bäuerlichen Kreisen! Ich will nur einen einzigen Namen zitieren: Karl Renner! Hätten wir unsere Hauptschule in ihrer guten alten Gestalt, wie sie von 1927 bis 1934 bestanden hat, belassen, dann würden uns weniger Talente entgehen.

Die Wiederherstellung der Hauptschule ist namentlich für die ländlichen Gebiete von allergrößtem Wert. Die Zehnjährigen müssen lange Bahnstrecken fahren, damit sie zu einer Mittelschule kommen. Sie fahren früh weg und kommen spät nach Hause. Das ist auch ein Kapitel der Familienpolitik, von der ja sonst so gern und so häufig geredet wird. Wenn man schon vorgibt, kein Geld für genügend Mittelschulbauten zu haben, dann

hätte man doch wenigstens die Hauptschule so belassen sollen, wie sie war, denn sie wäre durchaus geeignet, wenn sie in der guten alten Form wiedererstände, eine Untermittelschule zu ersetzen.

Die Öffentlichkeit ist durch die Proteste der Eltern, der Lehrer, der Studenten und der Professoren und vor allem durch die Presse auf diese wunden Stellen in unserer Gemeinschaft aufmerksam gemacht worden. Es gibt aber auf dem Gebiete der Kultur und der Schule über weit mehr zu klagen als über das, was in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Jahr für Jahr erheben wir die Forderung nach mehr Mitteln für Forschung und Wissenschaft. Man kann diese Forderung nicht weiterhin übersehen, weil Nachteile, ja Schäden für unser Land daraus entstehen werden.

Zu den ständigen Forderungen, die im Nationalrat ausgesprochen werden, gehört das Verlangen nach einer gesetzlichen Erneuerung unseres Pflichtschulwesens und des Mittelschulwesens. Die Erfüllung dieser Forderung würde zweifellos Geld kosten. Aber wann soll denn diese dringende Notwendigkeit erfüllt werden? Einmal stand unsere österreichische Schule ganz vorne und genoß Ansehen in der ganzen Welt. Heute marschieren wir weit hinten. Hüten wir uns davor, daß wir in die letzte Doppelreihe geschoben werden. Wenn man im Jahre 1945 die alten Schulgesetze, die bis zum Jahre 1938 gegolten haben, nicht wieder eingeführt hat, so doch auch aus der Erwägung heraus, daß eine geänderte Zeit eben andere Schulgesetze verlangt und daß man diesen Änderungen einmal entsprechen muß.

Heuer waren es 90 Jahre seit der Schaffung des grundlegenden österreichischen Schulgesetzes, des Reichsvolksschulgesetzes. Nach diesem Gesetz, das zwar nicht mehr in Gültigkeit ist, richten wir uns auch heute noch im großen und ganzen. 90 Jahre sind eine lange Zeit. Damals war es ein großartiges Gesetz, die achtjährige Schulpflicht wurde eingeführt, die Bürgerschule, die Lehrerbildung erfolgte in Lehrerseminaren, die vier und später fünf Jahre dauerten.

Schulgesetze haben aber keinen Ewigkeitswert. Die Schule selbst hat zweifellos eine die Zeiten überdauernde Aufgabe: die Vermittlung des Kulturgutes in Form des Bildungsgutes an die heranwachsende Jugend. Neben dieser Aufgabe aber muß man die besonderen Bedürfnisse einer Zeit im Auge behalten. Wenn die Schule das unterläßt, dann fehlt ihr der Brückenschlag zum Leben. Es gibt keine vom Leben unberührte pädagogische Provinz. Die Schule ist für das Leben da, und sie ist selber ein Stück Leben.

Es kann sein, daß die Schule hinter dem Leben zurückbleibt. Die Geschichte des österreichischen Schulwesens weist immer wieder Epochen auf, wo dies zutrifft. Aber dann folgte in der Regel eine kurze Zeit der Reformen, und man war wieder vorne, man hatte wieder das Schulwesen mit der Zeit in Einklang gebracht. Das gilt sowohl für die Pflichtschulen als auch für die Mittel- und Hochschulen.

Nach dem Jahre 1848 sind Reformen eingeleitet worden für das Mittelschulwesen, nach 1867 für das Pflichtschulwesen, und im Jahre 1927 waren es noch einmal zwei bedeutende Gesetze, die das Schulwesen betrafen.

Seit dem Bestand der Zweiten Republik streben wir also nach einer Reform unseres Bildungswesens. Eine Lösung der Kernprobleme ist natürlich angestrebt worden; es wurde aber soviel wie nichts erreicht. Je länger wir zögern, desto größer werden die Gegensätze zwischen der Struktur einer durchaus anders gewordenen Gesellschaft und unserem Bildungswesen. Wir wissen, daß die technische Entwicklung die Arbeitsteiligkeit mit sich gebracht hat, ein Spezialistentum, und wir erwarten, daß diese Spezialisierung noch vergrößert wird. Vor niemandem wird diese Entwicklung haltmachen, auch vor unseren Schulen nicht und vor allem auch nicht vor den Hochschulen, die heute nicht mehr in einer Isolierung bestehen können, sondern engen Kontakt mit der Zeit halten müssen. Die Technik fördert, aber sie bedroht auch. Es besteht die Gefahr, daß die Menschen nicht mehr die Technik beherrschen, sondern die Technik die Menschen beherrscht. Die Technik löst das Leben in der Familie auf. Mann und Frau arbeiten im Betrieb oder im Büro. Wer erzieht die Kinder? Verwandte, oder die Kinder wachsen einsam heran.

Die Jugend ist anders als früher. Wer die Schriften, sagen wir, eines Eduard Spranger oder des österreichischen Psychologen Tundierz, die nach dem ersten Krieg erschienen sind, gelesen hat und nun versucht, die Jugend nach diesen Maßstäben zu beurteilen, wird feststellen können, daß er damit nicht mehr auskommt. Die Jugend ist eben anders geworden. Sie wächst körperlich, biologisch rasch, geistig-seelisch hingegen langsamer. Da entstehen Spannungen und Schwierigkeiten, die man in der Erziehung beachten muß. Die Jugend schirmt sich vor der Welt der Erwachsenen ab. Sie sieht in der Erwachsenenwelt, aber auch in den Erwachsenen eine weitaus geringere Autorität, als dies früher einmal der Fall war. Einmal, in der Zeit vor dem ersten Krieg, hatten wir eine wandernde, singende Jugend, dann eine politisch begeisterte Jugend. Heute ist die Jugend skeptisch. Es nützt

natürlich nichts, wenn man sich nur darüber wundert, sondern man muß sich bemühen, diese Jugend kennenzulernen, und man muß vor allem versuchen, in der Erziehung dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden.

Das Schwergewicht der Erziehung liegt heute in der Schule, nicht anderswo, nicht in der Familie. Zum Erziehen braucht man Muße und keine Hast. Darum die immer wieder ausgesprochene Forderung, daß man nach veralteten Lehrplänen nicht unterrichten kann.

Was ist auf diesem Gebiete geschehen? Man hat eine Institution eingerichtet, und die Institution hat versagt. Und ist damit das Problem aus der Welt geschafft? Nein, es ist nicht aus der Welt geschafft, sondern es wird immer wieder auf der Tagesordnung erscheinen.

Die Verlängerung der Schulzeit ist eine alte Forderung. Nichts ist davon bemerkt worden, daß man jemals darangegangen wäre, das Problem auch nur teilweise zu diskutieren, um dann eine Realisierung zu finden. (*Präsident Olah übernimmt den Vorsitz.*)

Ich habe schon erwähnt, daß unsere moderne, technisierte Zeit außerordentlich viel Techniker benötigt. Nichts geschieht. Die Talente bleiben in den Sackgassen unserer Bildungsorganisation hängen. Und so ist es überall. Die Zeit läuft uns davon, weil wir stehenbleiben.

Ich stelle mir nun die Frage: Was geschieht in anderen Ländern? Ich frage nicht deswegen, weil ich vielleicht zu jener Sorte von Menschen gehörte, die der Meinung sind, woanders sei alles besser als zu Hause. Aber ich frage deswegen, weil woanders die Probleme die gleichen sind, die gleichen Probleme, die zur Lösung drängen. Auch in anderen Ländern gibt es eine mangelhafte Anpassung des Schulwesens an den heutigen Stand der Gesellschaft. Meist hat man, wie zum Beispiel in England oder in Deutschland, unabhängige Kommissionen, die — zum Unterschied zu den von uns eingesetzten Kommissionen — arbeiten, mit der Vorbereitung einer Reform betraut. In England hatte man noch während des Krieges, im Jahre 1944, den Mut, ein Gesetz zu beschließen, das eine zehnjährige Schulpflicht vorsieht. In England ist man in diesem Schulgesetz bestrebt, die Differenzierung in verschiedene Richtungen im Schulgang des einzelnen möglichst hinauszuschieben. In Schweden ist die Schulpflicht von sieben Jahren auf neun Jahre erhöht worden. Man will den Start ins Leben unter bessere Bedingungen stellen. Der Schulaufbau in Schweden ist einheitlicher gestaltet worden. Er sieht im siebenten, achten und neunten Schuljahr vor, daß gewisse Lehrfächer

nach eigenen Bedürfnissen gewählt werden, das heißt, nun kommen die Begabungen zu ihrem Recht und nun wird die Berufsfindung eine leichtere sein. Und das ist doch außerordentlich wichtig, denn ob jemand den ihm adäquaten Beruf findet oder nicht, davon hängt doch vielfach sein Glück im Leben ab.

In Westdeutschland hat in den letzten Monaten der Deutsche Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen, der schon 1953 gegründet wurde, einen neuen Schulplan der Öffentlichkeit vorgelegt. Und die Öffentlichkeit hat diesen Schulplan mit großem Interesse beachtet. Der Plan ist eine Empfehlung an die Kultusminister der Länder, aber nun geht man daran, die erste Etappe dieses Schulplanes zu realisieren, und zwar in der Form der Einführung eines neunten Schuljahres, das eine besondere Aufgabe hätte, eben die Vorbereitung für den Beruf, die Berufsfindung.

Und man versucht, den zweiten Bildungsweg einzurichten; das ist etwas, von dem wir in Österreich wenig hören. Das ist natürlich nicht etwa durch unsere Arbeitermittelschulen, von denen wir zwei in Österreich haben, gegeben oder durch die Aufbaumittelschule — wir haben nur eine einzige —, auch nicht durch Abendkurse, die man dann mit einer Reifeprüfung beenden kann, sondern der zweite Weg will jenen Menschen helfen, die aus der beruflichen Arbeitswelt kommen, damit auch sie die Hochschulreife erlangen. Natürlich handelt es sich um Menschen, die fachlich tüchtig sind, die charakterlich in Ordnung sind und die sich ein ausreichendes Maß an Allgemeinbildung erworben haben. Der neue Bildungsweg führt über den Beruf, also über den praktischen Beruf zur Fach- und Hochschule.

Das Land Hessen hat, wohl als eines der ersten, in Wiesbaden ein „Hessenkolleg“ eröffnet. Das Studium dauert fünf Semester, beginnt mit einem Einführungssemester, und es schließen vier Hauptsemester an. Natürlich kostet das Geld. Aber wenn andere Staaten dieses Geld haben, warum denn wir in Österreich nicht? Wir gehören ja auch zu den Staaten, in denen die „Wirtschaftswunderkinder“ heranwachsen! Ich will mich nicht mit Details beschäftigen, aber ich muß feststellen, daß man anderswo berät, diskutiert und dann realisiert und daß in Österreich nichts geschieht.

Wir beginnen unsere Arbeit in einer neuen Gesetzgebungsperiode, und wer die Regierungserklärung gehört hat, weiß, daß in dem Kapitel Kulturpolitik unerhört viel versprochen wird. Ich weiß nicht, ob das mit dem Herrn Finanzminister abgesprochen ist, denn wenn das alles realisiert wird, dann fürchte ich, wird

unser Budget ein ganz anderes Gesicht bekommen. Es hieß in der Regierungserklärung — und zwar möchte ich fast sagen, mit einem Schlag an die Brust, einem *Mea culpa* —, man wolle Versäumtes nachholen, mehr Budgetmittel für die kulturellen Erfordernisse zur Verfügung stellen; man wolle die wissenschaftliche Forschung intensivieren, die Hochschulreform weiterführen, man hoffe, daß das Studienförderungswerk gelingen werde, man wolle die Errichtung eines Forschungsrates in Bälde — so heißt es nämlich in der Regierungserklärung — vornehmen, eine umfassende Gesamtregelung des niederen und mittleren Schulwesens ist vorgesehen, man wolle die Personalnot an den Schulen bekämpfen, es sollen wirksame Maßnahmen getroffen werden in einem Fünfjahresplan, in einer Pjatiletka, um unsere Schulgebäude zu sanieren und neue, notwendige zu schaffen, das berufsbildende Schulwesen soll, weil das dringend ist, verbessert werden, für Kunst und Wissenschaft und vor allem auch für die Volksbildung sei Vorsorge getroffen, denn in einem Staat, in dem die Freizeit länger dauert, müsse man der Erwachsenenbildung ein großes Augenmerk schenken.

Hohes Haus! Wenn man bedenkt, daß diese Forderungen seit 15 Jahren ausgesprochen werden und seit 15 Jahren nichts davon erfüllt worden ist, dann würde ich, wenn ich nicht von einer ausgesprochen optimistischen Konstitution wäre, zu dieser Regierungserklärung sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“

Es ist das ein reichhaltiges Programm für die IX. Gesetzgebungsperiode des österreichischen Nationalrates. Sollte auch nur ein Teil davon realisiert werden, Herr Finanzminister, so wird Sie das viel Geld kosten. Aber man muß doch wirklich in einer Zeit der Wirtschaftskonjunktur an solche Dinge denken, um das auf kulturellem Gebiet Versäumte nachzuholen. Man muß sich damit vertraut machen, daß das Kulturbudget wesentlich erhöht werden muß. Eine Reform unseres Schulwesens, die Geld kosten wird, läßt sich nicht länger hinauschieben. Ich hoffe doch, daß diese Reform zustandekommt, und ich appelliere an unseren Koalitionspartner, sich in der Kulturpolitik nicht immer von Finanzfachleuten beraten zu lassen. *(Heiterkeit.—Abg. Ing. Raab: Zuerst müssen sich die Schulfachleute einigen, sie einigen sich schon jahrelang nicht! Dort liegt der Kern der Frage!)* Vielleicht gelingt das, Herr Bundeskanzler, ich werde versuchen, auf dieses Problem einzugehen.

Wenn ich von einem gewissen Optimismus erfüllt bin, so will ich dies zu begründen versuchen. Auch wenn der Herr Finanz-

minister erschüttert sein sollte — ich will seine Gesundheit nicht gefährden —, so bin ich doch der Meinung, daß es unter gewissen Umständen möglich wäre, zu neuen Schulgesetzen zu kommen.

Meine Frauen und Herren! Wenn man will, kommt man zu Lösungen. Wir haben im heurigen Jahre auf einem Gebiete bewiesen, daß man dann, wenn man eine Lösung wirklich ernst anstrebt, diese Lösung erreicht. Das ist das Problem Südkärntens, das Minderheitenschulgesetz in Kärnten. Es war eine unbedingte Notwendigkeit, daß dieses Gesetz zustandegebracht wird. Wir haben uns zusammengesetzt, und wir sind wieder auseinandergeschieden. Wir haben ein Gespräch begonnen, wir haben Abmachungen getroffen, die man nachher nicht anerkannt hat. Trotz der Nervosität einiger Kollegen infolge der herannahenden Nationalratswahl hat uns aber das alles nicht gehindert, weiter im Gespräch zu bleiben. Und wir haben dieses Gesetz in der Vorwahlzeit fertiggestellt. Es ist ein gutes Gesetz, vor allem dann gut, wenn die Bevölkerung Toleranz bewahrt.

Ich will damit also beweisen: Wenn man will, kann man auch Kernprobleme des Schulwesens lösen. Schließlich drängt uns die Zeit hiezu, und immer mehr Menschen werden erkennen, daß eine Erneuerung unseres Schulwesens nicht mehr aufzuschieben ist. Aber wenn das Volk einmal klar sieht und klar erkennt, was geschehen muß, dann kann man nichts mehr verzögern. Wir sind bereit, alles zu tun, damit die Österreicher erkennen, was auf dem Spiele steht.

Eine der Ursachen, von denen ich glaube, daß sie eine gesetzliche Regelung der Schulprobleme fördern werden, ist das wesentlich verbesserte Verhältnis zwischen Staat und Kirche, genauer zwischen Staat und katholischer Kirche. Wir — das heißt die Anhänger meiner politischen Richtung — sind über die Besserung, an der wir Anteil haben, überaus erfreut. Ein besseres Verhältnis hat sich ja schon nach 1945 angebahnt: denn in der Zweiten Republik waren von Anfang an die Erlebnisse der vorausgegangenen Zeit so wirksam, daß man wußte, man könne nicht dort wieder beginnen, wo man vorher einmal aufgehört hatte. Schließlich haben die Begegnungen, die Gespräche im Kerker, in den Konzentrationslagern und an der Front viel zu einer Auflockerung dieser angespannten Beziehungen beigetragen. Nicht minder trug und trägt dazu die ständige Bedrohung unserer geistigen Freiheit bei!

Wenn wir das, was wir erfahren haben, und das, was wir ständig fürchten, beachten, dann mußte es natürlich zu einer Koordination

dieser großen Bewegungen kommen. Religionslosigkeit und Kampf gegen die Konfessionen gehört keinesfalls, wie es manche wünschen, zur geistigen Substanz meiner Bewegung, sondern ist lediglich durch die Umstände einer besonderen Zeit und in einem besonderen Lande bestimmt. Unsere Änderung, vor allem im Prinzipiellen, hat Zustimmung, Mißtrauen und Ärger erregt. Mißtrauen ist nichts anderes als eine gesteigerte Vorsicht. Aber aus einem Saulus kann immer noch ein Paulus werden. (*Abg. Dr. Reisetbauer: Bravo! — Ruf bei der ÖVP: Hoffentlich!*) Wer sich hingegen über uns ärgert, dem können wir nur sagen: Laßt alle Hoffnung fahren, diesen Ärger wird er nimmer loswerden! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Der erste Schritt auf dem Wege, die Probleme zwischen Kirche und Staat zu lösen, war die Einigung über die im Staatsvertrag vorgesehene Wiedergutmachung der Schäden, die die Glaubensgemeinschaften in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft erlitten haben. Wenn dieses Gesetz, das kurz vor Weihnachten 1958 beschlossen wurde, auch nur ein Provisorium ist, so haben wir schon anlässlich der Gesetzwerdung festgestellt, daß wir fest davon überzeugt sind, daß einer definitiven Lösung nichts im Wege steht. Und nun haben die stattgefundenen Gespräche gezeigt, daß tatsächlich eine Einigung möglich ist über die Summen, die die drei christlichen Konfessionen erhalten werden, über die Angelegenheiten des Religionsfonds, der die katholische Kirche betrifft, und auch über die Angelegenheiten der burgenländischen Schulgebäude. Es besteht also kein Zweifel, daß das finanzielle Problem definitiv gelöst werden wird.

Schwieriger ist natürlich das Problem, das die Schule betrifft, aber ich bin auch hier überzeugt, daß man bei gutem Willen etwas tun könnte. Man soll doch nicht immer in die Vergangenheit sehen und man soll doch nicht immer Institutionen der Vergangenheit glorifizieren, wie großartig sie sind, wenn in der ganzen Umgebung, in ganz Europa längst andere Einrichtungen geschaffen worden sind.

Ein Teilgebiet, das der Subventionen, scheint mir von einer leichteren Art zu sein. Ich glaube, daß man hier zu einer Lösung kommen kann. Schwieriger ist natürlich das Problem der Lehrerbildung. Es ist bekannt, daß wir die hochschulmäßige Lehrerbildung anstreben. Diese Form ist nicht neu. Sie ist seit langem erprobt, und im vergangenen Jahr hat Bayern, von dem wir meinen, daß es ein sehr traditionsgebundenes Land ist, diese Form der Lehr-

erbildung eingeführt. (*Abg. Regensburger: Jetzt haben sie keine Lehrer mehr!*) Ja, aber ich habe jüngst ein Buch von einem deutschen Professor an einer pädagogischen Hochschule gelesen, und zwar ist es Professor Wilhelm aus Flensburg. — Es ist sehr teuer, aber bitte kaufen Sie es sich nur. — Er sagte, man ist in Deutschland einmütig der Ansicht, daß dieses Problem, nämlich die Not an Lehrern, keinesfalls mit der hochschulmäßigen Ausbildung der Lehrer zusammenhängt, sondern damit, daß man jahrelang den Lehrerberuf herabgesetzt hat, diffamiert hat, daß man ihn als einen Beruf der Pauker bezeichnet hat. Und nun bekommen sie in der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders die Antwort darauf.

Vielleicht werden Sie mir sagen: Wer wird denn dann in die kleinen Orte gehen? Das ist ein Problem, das man lösen kann. Es gibt auch bei anderen Berufen Zulagen, begünstigte Anrechnung von Dienstzeiten, und die Lehrer sind schließlich auch motorisiert. Schließlich lebt ein Arzt oder ein Tierarzt auch in einem kleinen Dorf. Das sind keine Fragen, das ist ein Argument, das nicht zutrifft, aber ein Argument, auf dem Sie sitzen wie eine Henne auf ihren Eiern. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Unser Lehrerseminar war schon im Jahre 1918 nicht mehr zeitgemäß und kann wirklich nicht mehr eine Stätte der Lehrerbildung sein. Nun wissen wir natürlich, daß wir eine Reihe von Lehrerseminaren der katholischen Kirchen besitzen. Es sind ihrer 15 an der Zahl. Darum ist die Lösung dieses Problems schwieriger. Aber ich baue auch hier auf den guten Willen der Partner, und ich bin überzeugt, daß man bei gutem Willen dieses Problem lösen kann. Ich kann mir vorstellen, daß es Wege zum Ziele gibt. Für einen Erzieher, der diesen schwierigen Aufgaben der Zeit gerecht werden will — und ich habe erwähnt, daß die Schule heute eine besondere Aufgabe in der Erziehung hat und vielleicht die einzige wirklich wirksame Stätte der Erziehung ist —, für einen Lehrer, der an einer solchen Stätte wirken soll, kann man doch nur die beste Ausbildung wünschen. Eine gründliche soziologische, psychologische und pädagogische Bildung kann man 16-, 17- oder 18jährigen einfach nicht vermitteln, weil diese zu jung hiezu sind und weil hiezu ein gewisses Maß an Allgemeinbildung gehört. Die Lehrer wissen doch am besten, was ihnen an Wissen, Bildung und Können fehlt. Darum haben sie sich immer fortgebildet, und wenn wir heute in den Landeshauptstädten pädagogische Institute haben, so werden diese pädagogischen Institute nur deswegen gefüllt, weil eben die Lehrer wissen,

daß man etwas Wissen, und zwar in manchen Sparten sehr viel, dazulernen muß.

Natürlich drängt sich die Frage auf: Was machen wir mit den Lehrerseminaren, wenn wir eine pädagogische Hochschule haben oder die pädagogischen Hochschulen als Stätten der Lehrerbildung einrichten? Wir haben in Österreich rund 30 öffentliche und private Lehrerbildungsanstalten. Würde man die Type C, das seinerzeitige Reform-Realgymnasium, wieder einführen, hätte man mit einem Schlag eine ganze Anzahl von Obermittelschulen. Sicherlich nicht 30, weil der örtlichen Stellung nach nicht jede von diesen 30 Lehrerbildungsanstalten geeignet wäre, eine Obermittelschule in der Form der Type C zu werden. Aber man könnte auch einen anderen Weg gehen. Man könnte nämlich bei unserer Differenzierung in der Obermittelschule — klassisch, halbklassisch und realistisch — und in der heutigen Organisation auch in den Untermittelschulen einen neuen Typus einer Mittelschule schaffen, der für gewisse Berufe eine große Bedeutung hätte, weil man die Angehörigen dieser Berufe auf ihre letzte fachliche Ausbildung an diesen Stätten vorbereiten könnte. Es gibt also allerlei Möglichkeiten, und man würde vor allem auch eine Menge von Obermittelschulen haben, von denen man sonst vielleicht nicht weiß, was man tun soll, weil die Gebäude der Lehrerbildungsanstalten da sind und man ihrer nicht mehr bedarf. Was heute geschieht, ist jedenfalls planlos, und diese Planlosigkeit ist ein Übelstand und kostet unter Umständen viel Geld.

Wir werden kaum ein halbes Dutzend pädagogische Hochschulen brauchen. Natürlich müßte man diese Institute gut ausstatten und ordentlich unterbringen, und das wird Geld kosten. Aber, meine Frauen und Herren, wir bauen immer neue Verwaltungsgebäude, ja sogar neue Finanzämter werden gebaut. Wir bauen eine Autobahn, weil es uns so gut geht und die breiten amerikanischen Wagen sich auf der Autobahn besser bewegen können. Wir können uns das alles leisten. Das Bundesheer kauft Kanonen, die allerdings manchmal nach hinten losgehen. *(Zwischenrufe.)* Gegen alles das wäre nichts zu sagen, wenn man im Kulturbudget für die Kultur das tut, was eines Kulturstaates würdig ist und was zu tun anderthalb Jahrzehnte versäumt wurde.

Hohes Haus! Bei jeder Gelegenheit, die sich hiezu eignet, wird immer wieder erklärt, wie sehr man an die Jugend denkt und wie wichtig die Jugend ist. „Unser Gold sind unsere Kinder“, und man könnte, wenn man über den unbegreiflichen Konservatismus erbittert ist, sagen: Das Gold dieser Phrase

ist aber auch das einzige Gold, das man für die Kinder investieren will. *(Beifall bei der SPÖ.)* Immer wieder, wenn man für die Schulen Mittel braucht, heißt es: „Ja, insofern das Budget es erlaubt.“ Und das Budget erlaubt wenig oder gar nichts. Es drängt sich wirklich die Frage an den Herrn Finanzminister auf: Wann, glaubt er, werden einmal genügend Mittel für Kultur bereitgestellt werden können? Denn die Aussicht auf einen zu schaffenden Fonds ist doch nichts anderes als ein billiger Trost an die demonstrierenden Eltern, Lehrer, Studenten und Professoren. Oder meint der Herr Minister, daß der Krieg zwischen Kultur und Budget ein permanenter Krieg sein muß? *(Abg. Dr. Gorbach: Wer beschließt das Budget?)* Ich kann es mir doch gestatten, am Budget Kritik zu üben, ich vertrete schließlich nicht nur eine Partei, sondern auch eine gewisse Sparte, die mit Kultur zu tun hat. *(Abg. Dr. Gorbach: Herr Kollege, dann werden Sie das Budget wohl ablehnen! Ich bin sehr neugierig, ob Sie das tun werden!)* Ich bin überzeugt, daß man das Budget grundsätzlich anders aufbauen könnte. *(Abg. Altenburger: Legt etwas vor!)*

Ich kann es nicht glauben, daß man beim Kulturbudget immer sparen muß, vor allem deswegen nicht, weil ich sehe, was zum Beispiel Gemeinden und Länder für ihre Schulen tun. *(Abg. Aigner: Sehr richtig!)* In ganz Österreich baut man immer wieder neue, schöne Pflichtschulgebäude. Hunderte von solchen Gebäuden sind entstanden, und die finanzschwächeren Gemeinden und die finanzschwächeren Länder können sich dies leisten. Und nun kommt ein Kind aus einer solchen schönen Volksschule in eine Mittelschule, in ein Gebäude, das vielleicht so aussieht wie das Technologische Gewerbemuseum in der Währinger Straße. Was muß denn ein solches Kind für einen Eindruck von diesem Wechsel haben? Zunächst sorgte die Gemeinde und das Land, jetzt sorgt der Bund, der ein großes Interesse an der staatsbürgerlichen Erziehung hat, für diese Kinder.

Wir können uns nicht mit halben Lösungen und schon gar nicht mit Viertellösungen zufrieden geben, obwohl das gerade eine Lösung im Sinne und auf der Linie der schlechten österreichischen Tradition wäre, nämlich im Sinne des Fortwurstelns. Vielleicht entspricht das der Wesensart mancher Österreicher. Der sehr geschätzte Salzburger Dichter Karl Heinrich Waggerl meint, daß das so sei. In einer seiner letzten Schriften schreibt er in einer sehr humorvollen Art, daß der Österreicher ein Mensch sei, der sich immer in einem merkwürdigen, sonderbaren, wunderlichen Dilemma befindet, das beherrscht ist von der Furcht vor irgend etwas Drohendem, gegen das man unbe-

dingt einschreiten müsse. Aber der Österreicher kennt auch die Dinge genau und hat die Einsicht, daß man wohl bedroht sei, aber eigentlich nichts dagegen machen könne, und er zieht zwei häufig gebrauchte Redensarten zum Vergleiche heran. Die eine heißt: Da muß was gschehn!, und die andere heißt: Da kann man halt nichts machen. (*Heiterkeit.*)

Auf unsere Forderungen übertragen sieht das so aus: 15 Jahre lang sagen wir: Für Kultur und Schule muß etwas geschehen!, und durch vier Gesetzgebungsperioden haben wir gehört: Da kann man nichts machen. (*Heiterkeit.*) Nun, meine Frauen und Herren, damit muß endlich einmal Schluß gemacht werden (*Beifall bei der SPÖ*), es muß wirklich etwas geschehen! (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Olah: Zum Wort ist der Herr Abgeordnete Harwalik gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik:** Hohes Haus! Es ist eine klare und geübte Praxis des Parlamentes, in der ersten Lesung des Finanzgesetzes den Generalanwälten der einzelnen Parteien für das Budget die kritische Darstellung des Staatshaushaltes zu übertragen. Ihre Aufgabe ist es, eine Gesamtschau zu geben mit der Einsicht in die integrativen Zusammenhänge und mit der Herausstellung budgetpolitischer Akzente. Schon im Vorjahr ging die SPÖ von dieser Praxis ab.

Wenn das Kulturbudget aus einer sachlich-kritischen Schau an die Spitze gestellt werden soll, so hat unser Finanzminister Dr. Kamitz vorgestern in seinem Expose bereits ein Beispiel gegeben. Zielsetzungen mit parteipolitischen Effekten liegen uns ferne. Wenn auch der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer sich hier als ein Kultur- und Budgetpessimist erwiesen hat, so leite ich doch ein mit einem hoffnungsvollen Satz des Herrn Bundeskanzlers aus der Regierungserklärung: Nach der Abwicklung bedeutender und wichtiger Erneuerungsaufgaben auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Sozialpolitik darf die Kulturpolitik nicht länger zurückgestellt werden; sie muß den richtigen Rang in den Staatsaufgaben erhalten!

Der erste Beweis für die Erfüllung dieses Versprechens ist bereits im neuen Budget gegeben. Ich bin dafür, daß wir keine falschen Budgettränen vergießen, sondern eher klar zeigen, wie sich dieser Aufbau des Budgets, von dem der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer gesprochen hat, auf das Kulturbudget künftig auswirkt. Es hat einmal eine Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern und Forschern den Vorschlag gemacht, 1 Prozent jedes Ressortansatzes zur Sanierung des Kul-

turbudgets zur Verfügung zu stellen. Man hat das als lebensfremd verlacht; ich weiß nicht, ob das so lebensfremd ist, vielleicht machen wir uns einmal darüber Gedanken. Aber nur beim Sozialbudget und bei allen anderen Budgets keine Verzichtskonturen auf sich zu nehmen und vielleicht noch unserer armen Landwirtschaft Verzicht aufzuerlegen, die unter der Kürzung der Förderungskredite ebenso gelitten hat wie das Unterrichtsressort, das ist kein konstruktiver Vorschlag. Wir wären dankbar, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, wenn Sie einen wirklich konstruktiven Aufbauplan für ein neues Budget hier vorlegen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die budgetpolitische Dokumentation dieser Erklärung und dieses Versprechens: Während der Ministerschaft Dr. Drimmels von 1955 bis 1960 hat sich das Kulturbudget von 1,690 Milliarden Schilling auf 3,036 Milliarden Schilling erhöht und damit praktisch verdoppelt (*Abg. Lola Solar: Es ist also etwas geschehen!*), wobei allerdings von dieser Ausweitung ein Viertel (*Abg. Dr. Neugebauer: Erhöhung des Personalaufwandes!*) — ich komme darauf — auf die Erhöhung des Sachaufwandes und drei Viertel auf die Erhöhung des Personalaufwandes entfielen. Diese extensive Ausdehnung des Personalaufwandes haben wir doch auch richtig zu sehen, wenn hier gleich dieser Einwand vom Personalaufwand gekommen ist. Sie kommt doch letzten Endes den ersten Kulturträgern im Land, den Lehrern aller Schultypen, den Volksbildern und den Künstlern, den Erziehern zugute. Diesen schönen Ausweis der stetigen Sorge für die soziale Besserstellung unserer Lehrerschaft, unserer Volksbildner, unserer Künstler hier im Hause des Volkes geben zu können, erfüllt mich und meine Parteifreunde mit großer Freude. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf in diesem Zusammenhang, weil ich auch für diese Sparte spreche, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, etwa auch die Bildungszulage für die Pflichtschullehrer als Beweis heranziehen, und ich gestehe, daß wir Gewerkschafter hier einen Schritt hinter unserem Minister Dr. Drimmel gestanden sind. Wir haben nichts versäumt in der Gewerkschaft, wir waren nachdrücklich all die Jahre her, aber der Herr Unterrichtsminister hat unsere Nachdrücklichkeit übertroffen, und er hat uns letzten Endes den großen Erfolg dann mitbeschert. Und für die Haltung des Herrn Bundeskanzlers in der Schlußverhandlung führe ich hier einen Satz eines sehr kritischen sozialistischen Gewerkschafters an, der wörtlich erklärt hat: Der Herr Kanzler war generös! Und ich möchte dazu sagen, daß diese Personalausgaben selbstverständlich auch ihre gerechte Würdigung erhalten sollen.

Der notwendige freie Raum im Budget, den wir brauchen, darf doch nicht auf Kosten der im Dienst befindlichen Angestellten, Arbeiter und Beamten gesichert werden! Dazu gibt es andere Möglichkeiten, die auch der Herr Finanzminister Dr. Kamitz aufgezeigt hat.

Der Anteil des Unterrichtsressorts am Gesamtbudget stieg von 6,6 Prozent im Jahre 1948 auf 6,9 Prozent im Jahre 1954. Im Jahre 1956 erreichten wir 7,8 Prozent, sanken aber 1957/1958 mit dem von Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann beantragten und dann durchgesetzten Eventualbudget durch die lineare Kürzung der Anlage- und Förderungskredite um 30 Prozent auf 7,42 Prozent herab. Dieses sogenannte Eventualbudget, dessen Wiedergeburt Gott sei Dank nicht in Szene gesetzt wurde, hat der Landwirtschaft und der Kultur am meisten geschadet. (*Abg. Scheibenreif: Was sagt der Herr Dr. Neugebauer?*)

Auf Grund der Kamitz'schen Budgetpolitik erreicht nun im Jahre 1960 das Kulturbudget mit 7,86 Prozent seinen größten Anteil am Gesamtbudget überhaupt, einen Anteil, der ihm bisher vorenthalten blieb. Seine Ausweitung hat die Regierungserklärung, hat Dr. Kamitz zugesichert. Wir alle wissen: Es ist noch viel zu tun, aber helfen wir alle mit! Nur anklagen und keine konstruktiven Pläne — das ist zuwenig. (*Abg. Dr. Neugebauer: 15 Jahre lang!*) Das gilt auch für die ganzen 15 Jahre, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, für alle Parteien in diesem Hause.

Die in der Einleitung angeführte Erklärung des Herrn Bundeskanzlers von der Vorrangigkeit der Kulturpolitik ist hiemit zahlenmäßig belegt. Dazu kommt, daß in den letzten fünf Jahren die Kredite im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau für die Kulturbauten von 26 Millionen Schilling auf 319 Millionen Schilling gestiegen sind.

Dr. Kamitz hat weiter in Entsprechung der Regierungserklärung in seinem Exposé die Einrichtung eines Kulturbaufonds für die zweite Hälfte des Jahres 1960 in Aussicht gestellt. Ich weiß, daß die österreichische Bevölkerung diesen budgetpolitischen Anstrengungen auf dem Kultursektor ihre Anerkennung nicht versagen wird. (*Abg. Dr. Neugebauer: Ich bin neugierig!*)

Vor kaum zwei Wochen hat die Hochschülerschaft Österreichs auf den Straßen für ein besseres Kulturbudget demonstriert. Auf ihren Plakaten vor der Technischen Hochschule in Wien stand zu lesen: „Wir streiken für Kamitz und Drimmel!“ Sie verteidigten damit das von mir eben aufgezeigte geförderte Kulturbudget gegen konkurrenzierende Machtansprüche. Wir bekennen uns zu dieser

studierenden Jugend. Sie ist gemeinsam mit unserer Arbeiter- und mit unserer Landjugend doch das köstlichste Unterpfeiler dieses Landes, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist keine Phrase, das ist unser heiliger Ernst. Und wir wissen, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, daß im Blickfeld dieses Protestes unserer Jugend jene großen Aufbauleistungen Österreichs seit 1945 nicht verdunkelt werden, die ihren Vätern das Brot, ihrem Daheim den Frieden und ihrem Vaterland Freiheit, Ehre und Ansehen gebracht haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die bedeutende Erhöhung des Hochschulbudgets mit der Zusicherung der schrittweisen Verbesserung und der Einrichtung des Kulturbaufonds hat die Hochschuljugend, die akademischen Lehrer und die gesamte Öffentlichkeit weitgehend beruhigt. Allein das Studentenförderungsbudget ist von 9 Millionen im Jahre 1959 auf 20 Millionen im Jahre 1960 gestiegen. Ich möchte alle weiteren Details der Unterrichtsdebatte vorbehalten.

Ein Wort nun zu den Mittelschulbauten, zu den Fachschulbauten. Vorangestellt sei die Tatsache, daß in den Jahren 1914 bis 1945 in Österreich eine einzige Mittelschule gebaut wurde. Seit 1945 haben wir 12 neue Mittelschulen gebaut und 70 instandgesetzt. Dazu kommen die Hochschulbauten. (*Abg. Scheibenreif: Das hat der Herr Dr. Neugebauer übersehen! — Abg. Dr. Neugebauer: Das ist aber zuwenig, Sie sehen es selber! — Abg. Dr. Hofeneder: Das neue Parteiprogramm der SPÖ ist auch nicht in zwei Jahren geschaffen worden!*) Reden wir doch in der Öffentlichkeit auch von diesen einmaligen Leistungen, damit die Öffentlichkeit das Maß von der Sache und der Leistung erhält und nicht von demagogischen Entstellungen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle weiters fest, daß sich die Zahl der Mittelschüler seit 1938 mehr als verdoppelt hat. (*Abg. Dr. Neugebauer: Na also, dafür muß man doch Vorsorge treffen!*) Ich komme darauf. (*Abg. Prinke: Hören Sie ein bisschen zu, Kollege Neugebauer!*)

Zweitens: Der Gebäudezustand der Mittelschulen war 1945 antiquiert und durch die Kriegsereignisse eingeschränkt.

Mit der Zuständigkeit für die Erhaltung und Errichtung der Mittelschulen ist der Bund — sehen wir das doch einmal klar, jetzt sind wir beim Angelpunkt! — überfordert. Ich habe das angesichts dieser Entwicklung schon im Vorjahre ausgeführt. Hätten wir den Ländern die Zuständigkeit übertragen, selbstverständlich bei Berücksichtigung im Finanzausgleich, wäre der Bund nicht vor der schwierigen Aufgabe gestanden, alles auf einmal tun zu sollen. Längst hätten wir die Mittelschulmisere beendet.

Die Stadt Wien hat großzügig die Vorfinanzierung zweier Mittelschulen angeboten, knapp vor den Landtagswahlen. Das haben andere Bundesländer schon längst getan! (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Oberösterreich!*) Aber das Rathaus in Wien befindet sich damit in einem Gegensatz zur Frau Abgeordneten Rück, die in der vorjährigen Budgetdebatte diese Praxis wörtlich als Abwegigkeit bezeichnet hat. Die Lösung dieser Widersprüchlichkeit soll jedoch nicht meine Aufgabe sein. Ich möchte die entwicklungsbedingte Überholung der Kompetenzen nur mit der Feststellung belegen, daß in den großen Städten, vor allem in Wien, heute tausende Kinder die Mittelschulen besuchen, die früher die Pflichtschule besucht hätten. Das ist gut so, darüber freuen wir uns. Aber die Sorgen für diese Schüler nimmt man nicht in den Dimensionen der veränderten Entwicklung auf sich. Das ist leicht getan. Wo man früher Pflichten hatte, hat sie heute der Bund zu erfüllen. Das rückt das Angebot Wiens in das richtige Licht.

Ich verweise auf das Bundesland Steiermark, wo wir durch das verständnisvolle Zusammenwirken von Bund, Land und Gemeinden vier neue Mittelschulen errichten können. Es war kein Glück, daß der Städtebund uns die 30 desolaten Mittelschulen übertragen hat.

Der Herr Abgeordnete Dr. Neugebauer hat die großen Leistungen auf dem Pflichtschulsektor angeführt. Das bestätigt ja nur meine Ausführungen von der entwicklungsmäßig überholten Kompetenz. Wir haben in der Steiermark 240 neue Schulen gebaut. Niederösterreich hat 180 neue Pflichtschulen gebaut. Ich glaube, in Wien waren es 19 neue Pflichtschulen, die in diesem Zeitraum gebaut wurden. (*Ruf bei der ÖVP: Wien hat bedeutend mehr Einwohner! — Abg. Dr. Neugebauer: Aber die Schülerzahl!*) Ich bitte, ich stelle das nur sachlich fest. Ich darf auch folgendes sagen. (*Abg. Benya: Demagogeln können Sie hier nicht!*) Nein, das ist nicht Demagogie, ich belege es! Es ist vielleicht notwendig, auch das einmal zu sagen: Wien — das ist kein Vorwurf, aber das ist die Gegebenheit — gibt perzentuell in seinem Haushalt für die Schulverwaltung bedeutend weniger aus als etwa die landschaftlich so schwierig strukturierten Länder Steiermark und Niederösterreich. Rechnen Sie sich die Prozentsätze aus, was die Länder und was die Gemeinden hier opfern. Reden wir hier doch eine klare Sprache! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Winkler: In Niederösterreich ist ein sozialistischer Schulerferent!*)

Weil bei der Erwähnung der Mittelschulen hier immer eine Allergie auftritt, so möchte ich auch zu den von der Stadt Wien beson-

ders reklamierten Mittelschulen Stellung nehmen. Das Mädchenrealgymnasium im 21. Bezirk steht an der Spitze der Neubauvorhaben des Bundesministeriums für Unterricht, schon für 1960. Leider ist die Grundstücksbeschaffung noch nicht abgeschlossen, weil hiefür die Entscheidung der Gemeinde Wien noch ausständig ist. (*Hört! Hört! - Rufe bei der ÖVP.*) Das Bundesrealgymnasium im 10. Bezirk: Die Erhöhung der Baukredite für Kulturbauten wird zweifellos — ich möchte die Wiener Eltern beruhigen — die Mittel flüssigmachen, um 1960 mit dem Bau beginnen zu können. (*Abg. Jonas: Es ist erst vor zwei Tagen der Kaufvertrag abgeschlossen worden! Erzählen Sie keine Unwahrheiten!*) Dann war das gestern noch nicht bekannt im Bundesministerium für Unterricht, Herr Bürgermeister! (*Abg. Jonas: Dann hätten Sie sich erkundigen können!*) Ich bitte sehr, ich nehme das dankbar zur Kenntnis. Es hat also bis vor 48 Stunden gegolten. Das war gestern sicher noch nicht bekannt am Minoritenplatz, Herr Bürgermeister! Dann hätte man das eben drüben zeitgerecht melden sollen. (*Abg. Jonas: Der Bund hat auch seit Jahren Zeit gehabt, das zu besorgen! Da hört sich wirklich alles auf!*)

Was das Bundesrealgymnasium im 19. Bezirk betrifft, so hat der Bund 10 Millionen Schilling in einer sehr raschen Finanzierungsaktion zur Beschaffung des Grundstückes noch 1959 ausgegeben.

Was die steirischen Mittelschulen betrifft, so sollen diese in der Unterrichtsdebatte behandelt werden. (*Abg. Jonas: Es ist interessant, daß man versucht, Aufgaben des Bundes der Gemeinde Wien in die Schuhe zu schieben!*) Wir haben Vorwürfe bekommen! (*Weitere Zwischenrufe.*) Herr Abgeordneter! Ich glaube, Sie waren nicht hier, als ich in längeren, sehr sachlichen Ausführungen von der Überholung der Kompetenzen gesprochen habe, und ich bitte, es nur in diesem Zusammenhang zu sehen.

Zur Frage der Schulgesetzgebung, die der Abgeordnete Dr. Neugebauer hier sehr anklagend urgiert hat, habe ich darzulegen, daß die Meinung des Herrn Vizekanzlers Pittermann vom Jahre 1955, man sei nur mehr durch eine papierdünne Wand getrennt, von seiner eigenen Partei nicht geteilt wurde. (*Abg. Dr. Neugebauer: Ich glaube, daß es gar nicht stimmt, daß er das gesagt hat!*) Das stimmt, das ist schriftlich festgelegt, Herr Abgeordneter! Das Bundesministerium für Unterricht, ich stelle das fest, hat die Bemühungen um die Herstellung eines tragbaren Kompromisses fortgesetzt.

Die Sozialisten bezeichnen die Frage der Lehrerbildung und der Subventionierung der

Privatschulen als die beiden Angelpunkte der Schulpolitik. Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer! Für Ihre Partei: Entlasten Sie uns von der ständigen Sorge, daß es sich hier vorwiegend um die Ausschaltung der katholischen privaten Lehrerbildungsanstalten handelt, dann werden wir leichter darüber sprechen. Es gibt, Herr Abgeordneter Dr. Neugebauer, mehr Wege zu einer modernen Lehrerbildung. Wir sind bereit, die Diskussion aufzunehmen. Mit unserem guten Willen können Sie absolut rechnen, niemals aber mit der Meinung, daß wir die katholischen privaten Lehrerbildungsanstalten selbst ausschalten! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Wir werden auch mit der Kirche zu einer Einigung kommen!)* Ich komme auch darauf! *(Abg. Dr. Neugebauer: Und zwar früher als auf dem Umweg über die ÖVP!)* Das haben Sie schon einmal gesagt, Herr Abgeordneter! Wir sind kein Umweg, wir sind die größte Partei im Lande! *(Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Aber nicht die Partei der Kirche!)* Nein, bestimmt nicht. Das sage ich auch nicht. Aber uns hier im Parlament als Umweg zu bezeichnen, ist wenig demokratisch. *(Abg. Dr. Neugebauer: Wir haben manche Erfahrungen gemacht!)*

Hinsichtlich der Subventionierung der katholischen Privatschulen lehnten die Sozialisten bisher — wir haben heute hoffnungsvollere Worte vom Sprecher der SPÖ gehört — trotz wiederholter Beteuerung in der Konkordatsfrage die Erfüllung der diesbezüglich noch in Geltung stehenden Konkordatsvorschrift beharrlich ab. *(Abg. Dr. Neugebauer: Lesen Sie sich den Koalitionsakt 1949 durch!)* Der Herr Unterrichtsminister hat an den Sprecher der Sozialistischen Partei in Pflichtschulfragen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp, am 18. Dezember 1958 einen Brief gerichtet mit dem Ersuchen um Anberaumung eines Aussprachetermins zwecks Fortführung der Beratungen, die Sie urgieren. Dieser Brief des Herrn Unterrichtsministers blieb von Seite des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Popp bis zum heutigen Tage unbeantwortet! *(Abg. Dr. Hurdas: Das heißt der gute Wille! — Abg. Dr. Neugebauer: Er wird seine Ursachen dafür haben!)* Dann darf man hier nicht die Beratungen urgieren! *(Ruf bei der ÖVP: Vielleicht hat er ihn auch gestern beantwortet!)* Will die Sozialistische Partei Österreichs in der Schulfrage polemisieren, so wollen wir verhandeln. Dies zur Klarstellung der gegenwärtigen schulpolitischen Situation in Österreich.

In der Konkordatsfrage hat Herr Bundesminister Dr. Drimmel schon im Jahre 1955 vorgeschlagen, die umstrittenen Hauptmaterien sukzessive einer Lösung zuzuführen. Dieser Grundsatz findet nunmehr praktische An-

wendung. Die ÖVP bedauert, daß es drei Jahre gebraucht hat, um die SPÖ zu diesem Standpunkt zu bekehren. *(Abg. Mitterer: Das war auch nicht leicht!)* Die Tatsache, daß während der Wahlkampagne zu den Nationalratswahlen 1959 ein Ausschuß der beiden Regierungsparteien die gemeinsamen Grundlagen für die Regelung der vermögensrechtlichen Fragen finden konnte, läßt den Schluß zu, wie sehr der sozialistische Regierungspartner mit dem optischen und dem akustischen Effekt am Vorabend der Nationalratswahlen hier gerechnet hat. *(Abg. Dr. Neugebauer: Das ist Ihre Erklärung!)* Selbstverständlich unterstützt die Österreichische Volkspartei jede Bestrebung, die auf die endliche Beseitigung der zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl noch heute bestehenden Streitfragen abzielt. Sie war hier immer initiativ. Sie erwartet dabei von der Sozialistischen Partei, daß sie den Willen zu einer solchen Zusammenarbeit nicht nur dort bekundet, wo Ansprüche der Kirche mit Geld abgegolten werden können, sondern auch dort, wo es sich um religiös-sittliche Fragen handelt, wie etwa bei der Schulgesetzgebung, die nach der Vermögensfrage eine vorrangige Lösung erwarten darf. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Sie reden heute so, aber Sie haben für das, was Sie jetzt ausgesprochen haben, noch nie einen Kampf geführt! Sie haben nur immer erklärt! — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: Wenn ich so katholisch tun würde wie Sie, dann hätte ich schon alles getan!)* Ebenso selbstverständlich ist, daß die Österreichische Volkspartei in dem Bestreben, das religiöse Leben zu fördern, vor den konfessionellen Schranken nicht haltmacht. *(Zwischenrufe.)* Sie unterstützt daher die Bemühung des Bundesministers für Unterricht zur Schaffung eines modernen Gesetzes zur Regelung der äußeren Vermögensverhältnisse auch der evangelischen Kirche. Die ÖVP verlangt auch eine gerechte Abgeltung der der Israelitischen Kultusgemeinde zugefügten materiellen Schäden. *(Abgeordneter Dr. Neugebauer: Das haben wir auch verlangt!)*

Ich möchte der Unterrichtsdebatte nichts vorwegnehmen, was ihre eigentliche Substanz ausmacht, aber die Fragen der Erwachsenenbildung, die Volksbildung also, die Jugendorganisationen, die Sportförderung und so weiter seien in ihrer besonderen Bedeutung und Dringlichkeit, auch in ihrer besonderen Verantwortung, die sie uns aufladen, heute schon als dominierende Aufgaben, die unsere volle Beachtung und Förderung verdienen, herausgestellt.

Hohes Haus! Ich habe mich um eine prägnante Zeichnung des kulturpolitischen Gegen-

wartsbildes im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt bemüht. Das entworfene Bild hat der SPÖ mißfallen. Niemand wird aber seinen Wahrheitsgehalt anzweifeln können. So ist es zurzeit in Österreich um die Fragen der Kultur und des Kultus bestellt. Daß es anders, daß es besser werde, liegt bei unserem Koalitionspartner, der unsere aufrichtigen Bemühungen mit ebensoviel Aufrichtigkeit und Sachlichkeit quittieren möge. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Olah: Zum Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Jonas. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Jonas: Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich zum Wort melde. Ich habe eine tatsächliche Berichtigung vorzubringen, und ich muß nach den letzten Worten meines Vorredners schon den Wahrheitsgehalt seiner Ausführungen in Zweifel ziehen. Er hat hier eine Behauptung aufgestellt, die mir als Abgeordnetem dieses Wahlkreises sehr komisch vorkommt. Mir sind die Schulverhältnisse im 21. Wiener Gemeindebezirk nicht nur als Bürgermeister bekannt, sondern auch als Bewohner und als Abgeordneten dieses Bezirkes. Ich stelle also folgendes fest:

Der Schulverwaltung des Bundes ist seit Jahren der Bedarf nach einer Mittelschule in diesem Bezirk bekannt. Seit Jahren hätte der Bund auch vorsorgen können, um den notwendigen Baugrund zu beschaffen. Ich gebe zu, es ist nicht leicht, aber vor denselben Schwierigkeiten steht auch die Gemeinde Wien. Und die Gemeinde Wien hat sich bereit erklärt, falls es ihr möglich ist, einen geeigneten Baugrund zu erhalten, ihn für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Bemühungen zur Beschaffung dieses Grundes laufen seit langen Zeiten. In der vergangenen Woche wurde im Wiener Stadtsenat dem Kauf dieser Grundstücke zugestimmt, und in wenigen Tagen, so hoffe ich, wird der Kauf genehmigt werden. Dann kann die grundbücherliche Eintragung erfolgen, und erst dann kann darüber verhandelt werden, ob die Gemeinde Wien in der Lage ist, das Versprechen zu erfüllen.

Ich bitte um Entschuldigung: Hätte ich gewußt, daß mein Vorredner diese Angelegenheit hier behandelt, dann hätte ich mit einem genaueren Bericht aufwarten können. Man möge es mir verzeihen, daß ich aus der Erinnerung nicht im Detail reproduziere. Ich möchte aber feststellen, daß der Bund die Verhältnisse seit Jahren mindestens so gut kennt wie wir, und der Bund hätte — ich sage es noch einmal — die Möglichkeit gehabt, viel besser als die Gemeinde Wien, für die Be-

schaffung des Baugrundes vorzusorgen. Es sind hier Beschuldigungen aufgetaucht, die ich nicht unwidersprochen lassen will, und es möge auch das Hohe Haus erfahren, daß der Angriff gegen die Gemeinde Wien, der hier mit besonderer Vorliebe immer geführt wird, unrichtig und unbegründet ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident Olah: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist damit geschlossen.

Ich bitte jene Frauen und Herren Abgeordneten, die ihre Zustimmung dazu geben, die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1960, dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

2. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (61 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz abgeändert wird (72 der Beilagen)

Präsident Olah: Wir gelangen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung: Abänderung des Verwaltungsstrafgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter Dr. Kranzlmayr: Hohes Haus! Es handelt sich hier um die Regierungsvorlage 61 der Beilagen. Sie sieht eine Novellierung des § 12 Abs. 2 des Verwaltungsstrafgesetzes vor, und zwar sollen nach dem Novellierungsvorschlag in Hinkunft Personen, die auf Grund eines Verwaltungsstraferekenntnisses eine Arreststrafe verbüßen, nur mehr mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung zu Arbeiten herangezogen werden können, während sie nach der bisherigen Fassung auch gegen ihren Willen zu Arbeiten herangezogen werden konnten. Diese Novellierung soll deshalb gemacht werden, damit auch Österreich die Ratifikation des bereits von den meisten europäischen und auch einer erheblichen Anzahl von außereuropäischen Staaten ratifizierten Abkommens Nr. 29 durchführen kann, das bereits im Jahre 1930 ausgearbeitet wurde, und zwar von der Internationalen Arbeitskonferenz, wo eben über die Zwangs- und Pflichtarbeit gesprochen wurde.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (61 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen. Ich stelle den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Olah: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

3. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (65 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Schieß- und Sprengmittelgesetz, BGBl. Nr. 196/1935, in der Fassung der Verordnung GBl. f. d. L. Ö. Nr. 183/1938, geändert wird (73 der Beilagen)

Präsident Olah: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Schieß- und Sprengmittelgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Staffa. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Staffa:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die in Beratung stehende Regierungsvorlage behandelt eine Abänderung des § 26 Abs. 2 des Sprengmittelgesetzes aus dem Jahre 1935. Nach § 23 dieses Gesetzes haben Eigentümer von Liegenschaften, die sich im engeren Gefährdungsbereich einer Schieß- oder Sprengmittelanlage befinden, unter bestimmten Voraussetzungen einen Entschädigungsanspruch. Nach § 25 und § 26 dieses Gesetzes war die Dauer der Bezahlung dieser Entschädigung mit der Dauer des aufrechten Bestehens der vorgesehenen bürgerlichen Ersichtlichmachung der Lage solcher Liegenschaften festgesetzt. Im Jahre 1942 — in der NS-Zeit — wurde durch eine Verordnung der § 25 außer Kraft gesetzt und der § 26 abgeändert.

Im Jahre 1955 wurde durch das Allgemeine Grundbuchgesetz diese Verordnung aufgehoben, jedoch bestimmt, daß der § 10 Abs. 2 dieser Verordnung, der die Dauer der Entschädigungspflicht regelt, bis zum 1. Juli 1956 in Kraft zu bleiben habe. In der Folge wurde die Geltungsdauer dieses § 10 Abs. 2 der Verordnung verlängert, das letzte Mal bis zum 1. Jänner 1960. Eine weitere Verlängerung dieser Geltungsdauer im Wege einer Novellierung des Allgemeinen Grundbuchgesetzes 1955 ist nicht tunlich, und daher ist es notwendig, im Sprengmittelgesetz eine Bestimmung über die Dauer der Bezahlung aufzunehmen, was nun mit der Abänderung des § 26 Abs. 2 geschieht, die inhaltlich die bisherige Regelung aufrechterhält.

Im Auftrage des Verfassungsausschusses beantrage ich, das Hohe Haus möge der Regierungsvorlage (65 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Nötigenfalls beantrage ich, General- und Spezialdebatte in einem abzuführen.

Präsident Olah: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

4. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Regierungsvorlage (46 der Beilagen): Bundesgesetz zur Aufhebung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften (74 der Beilagen)

Präsident Olah: Wir gelangen zu Punkt 4 der Tagesordnung: Aufhebung schiffahrtsrechtlicher Vorschriften. Der vorgesehene Berichterstatter, Abgeordneter Herke, ist für die heutige Sitzung entschuldigt. Den Bericht erstattet daher der Obmann des Ausschusses, der Herr Abgeordnete Rom. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Rom:** Hohes Haus! Der Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft hat schon in der letzten Session einige Rechtsnormen geändert oder aufgehoben, die aus Anlaß der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich zwangsläufig eingeführt worden waren. Die Regierungsvorlage 46 der Beilagen sieht ebenfalls eine Aufhebung von solchen gesetzlichen Vorschriften vor. Es handelt sich hier um schiffahrtsrechtliche Vorschriften, die teils geographische Begründung haben und deren Wegfall vornehmlich eine Vereinfachung der Rechtsordnung bedingt.

Der Ausschuß hat sich vorgestern mit diesem Problem beschäftigt und ist zu der einhelligen Meinung gekommen, dem Hohen Hause den Antrag zu stellen, dieser Regierungsvorlage die Zustimmung zu geben.

Falls Sprecher vorgemerkt sind, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Olah: Es ist niemand zum Wort gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

5. Punkt: Bericht des Ausschusses für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend den Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1958 (75 der Beilagen)

Präsident Olah: Wir gelangen zu Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates für das Jahr 1958.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Populorum. Ich bitte ihn, zu berichten.

Berichterstatter **Populorum**: Hohes Haus! Es liegt Ihnen wiederum, meine Damen und Herren, der Bericht über die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates vor. Es ist das der sechste Bericht, und zwar der für das Jahr 1958.

Der Aufgabenkreis des Verkehrs-Arbeitsinspektorates ist ungeheuer groß, da sich doch derselbe auf den Schutz der Dienstnehmer aller Verkehrsbetriebe, die der Aufsicht des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft unterstehen, erstreckt. Im Berichtsjahr 1958 wurde auch die Überwachung der Binnenschifffahrt der Verkehrs-Arbeitsinspektion übertragen, die bisher der Schifffahrtsinspektion zugeteilt war, womit nun alle Verkehrsbetriebe hinsichtlich ihrer Überwachung durch das Verkehrs-Arbeitsinspektorat einheitlich zusammengefaßt sind.

Als erfreulich ist an diesem Bericht festzustellen, daß auf Grund der Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates von Jahr zu Jahr eine sinkende Tendenz der Unfälle zu verzeichnen ist. Das ist umso bemerkenswerter, da ja alle Verkehrsunternehmungen, vor allem die Bundesbahn wie auch die Post, von Jahr zu Jahr eine gesteigerte Leistung aufzuweisen haben. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß sich infolge der technischen Entwicklung an sich die Unfallsgefahr erhöht, und wenn nun eine sinkende Tendenz hier aufscheint, so ist das zweifellos auf die umsichtige Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates zurückzuführen.

Die Zahl der zu überwachenden Betriebe betrug im Jahre 1958 9044, die Zahl der zu betreuenden Bediensteten innerhalb dieser Betriebe insgesamt 151.806, um 5199 mehr als im Jahre 1957. Von diesen 9000 Betrieben wurden im Jahre 1958 von dieser Inspektion 1302 Betriebe besichtigt, beziehungsweise wurde in diese Betriebe Einschau genommen, wobei 45.753 Dienstnehmer hinsichtlich der Beachtung der Vorschriften und der Schutzbestimmungen überwacht wurden. Es ist verständlich, daß eine solche Einrichtung wie das Verkehrs-Arbeitsinspektorat, das an sich eine sehr bescheidene Anzahl von Bediensteten hat, jährlich nur eine bestimmte Anzahl von Betrieben überschauen kann und daß daher in einem Jahr natürlich nicht alle Betriebe durchleuchtet werden können.

Bei diesen Feststellungen haben sich im Jahre 1958 5789 Mängel ergeben, und es ist die Aufgabe des Verkehrs-Arbeitsinspektorates, die Behebung dieser Mängel zu veranlassen. Von diesen nun festgestellten Mängeln wurden 3314 behoben.

Hinsichtlich der Unfallsziffern sei festgestellt, daß im Jahre 1958 12.017 Unfälle gemeldet

wurden, um 5 Prozent weniger als im Jahre 1957. Davon sind bedauerlicherweise 59 tödlich verlaufen, aber es sind doch auch in diesem Falle gegenüber dem Jahre 1957 um drei weniger. Von diesen 59 tödlich verlaufenen Unfällen waren 18 Wegunfälle, eine Erscheinung, die mit der fortschreitenden Motorisierung im engsten Zusammenhang steht.

Die Tätigkeit des Verkehrs-Arbeitsinspektorates erschöpft sich aber nicht allein in der Inspektion der Betriebe, in der Registrierung der Unfälle, in der Veranlassung der Behebung der festgestellten Mängel, sondern es gilt, hier Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten zu treffen; es sind vorgesehen die Mitarbeit bei der Unfallsverhütung, die Herstellung des Einvernehmens in vielen Fragen mit der Sozialversicherung und natürlich viele administrative Aufgaben, die mit dieser Stelle verbunden sind. Außerdem müssen die Beamten des Verkehrs-Arbeitsinspektorates vielfach an Sitzungen und Tagungen, Erhebungen und Kommissionierungen teilnehmen, haben Gutachten an Behörden und Gerichte zu erstatten, sodaß man sagen kann, daß mit diesem an sich sehr bescheidenen Apparat im Interesse der Dienstnehmer aller Verkehrsbetriebe doch sehr viel und sehr Beachtliches geleistet wird.

Der Verkehrsausschuß hat in seiner Sitzung vom 28. Oktober diesen Bericht beraten und ihn zur Kenntnis genommen. Namens des Verkehrsausschusses stelle ich daher den Antrag, das Hohe Haus möge den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen.

Gegebenenfalls empfehle ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Olah**: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Bundesministeriums einstimmig zur Kenntnis genommen.

6. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (47/A) der Abgeordneten Dipl.-Ing. Strobl, Rosenberger und Genossen, betreffend eine Änderung des l. (7.) Staatsvertragsdurchführungsgesetzes (71 der Beilagen)

Präsident **Olah**: Wir gelangen zu Punkt 6 der Tagesordnung: Änderung des l. (7.) Staatsvertragsdurchführungsgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Strobl. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu referieren.

Berichterstatter Dipl.-Ing. **Strobl**: Hohes Haus! Mit diesem Gesetzesantrag, über den ich namens des Finanz- und Budgetausschusses zu berichten habe und der nach Verabschie-

derung durch das Hohe Haus als 9. Staatsvertragsdurchführungsgesetz in die Geschichte des Parlaments eingehen wird, soll der § 21 des 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes in der Fassung des 7. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes, BGBl. 148/1958, novelliert werden. Diese Änderung bezieht sich auf die Absätze 2 bis 6, die in vier Absätzen zusammen gefaßt werden sollen.

Bei diesem Gesetzesantrag handelt es sich um eine Schutzfrist, die seinerzeit in diesen genannten Gesetzen jenen Kleinpächtern aus der unseligen Zeit der Besetzung gewährt wurde, die aus dem von einer Besatzungsmacht oder von deren Beauftragten verwalteten Gutsbesitz ein landwirtschaftliches Grundstück in Pacht genommen haben. Die Notwendigkeit dieser Schutzfrist war deswegen gegeben und damit begründet, daß die große Mehrheit dieser Kleinpächter bei früherer Beendigung dieser Pachtverträge in Existenzschwierigkeiten geraten wäre. Diese Schutzfrist sollte dazu dienen, um es während dieser Zeit im Zuge einer Grundaufstockungsaktion zu bewerkstelligen, daß diese klein- und mittelbäuerlichen Betriebe von einer schweren Existenzerschütterung bewahrt bleiben. Diesen Bemühungen war es auch beschieden, bis heute den weit überwiegenden Teil dieser Pachtverhältnisse — hauptsächlich handelte es sich hier um die sogenannten USLA-Pachtverträge — so zu beenden, daß unbillige Härten vermieden werden konnten.

Während der Frist, die durch diese Gesetze gewährt wurde, ist es gelungen, im Zuge dieser Grundaufstockungsaktion im Burgenland zum Beispiel 9450 und in Niederösterreich nahezu 8000 Hektar Ackerland im Wege eines Verkaufes oder einer Verpachtung in kleinbäuerlichen Besitz überzuführen und damit zu erreichen, daß gerade diese klein- und mittelbäuerlichen Betriebe von den von mir erwähnten unbilligen Härten

bewahrt blieben. Wir denken bei dieser Gelegenheit sehr gerne an das einsichtsvolle Entgegenkommen der Gutsbesitzer, die bei dieser Aktion mitgewirkt haben.

In einer Reihe von Fällen ist es uns aber nicht gelungen, während dieser Frist das erstrebte Ziel zu erreichen. Durch die mit dem gegenständlichen Gesetzesantrag zu gewählende Verlängerung dieser Schutzfrist bis 31. Oktober 1960 soll die Möglichkeit geboten werden, innerhalb dieser Frist zu versuchen, diese mit einer Besatzungsmacht abgeschlossenen und noch bestehenden landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse so zu lösen, daß auch hier unbillige Härten für klein- und mittelbäuerliche Betriebe vermieden werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat diesen Gesetzesentwurf in seiner Sitzung am 28. Oktober 1959 in Gegenwart der Herren Bundesminister für Finanzen und für Land- und Forstwirtschaft beraten und angenommen und mich ermächtigt, im Hohen Hause zu beantragen, diesem Gesetzesentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

In formeller Hinsicht stelle ich den Antrag, falls es notwendig ist, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident Olah: Es ist niemand zum Wort gemeldet. Wir gelangen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzesentwurf in der Fassung des Ausschlußberichtes — mit dem Kurztitel: 9. Staatsvertragsdurchführungsgesetz — in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Präsident Olah: Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates findet voraussichtlich am Mittwoch, den 18. November statt. Eine schriftliche Einladung wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 20 Minuten